

(Minister Harald Schartau)

- (A) bei der Integrationspolitik natürlich in einer besonderen Verantwortung stehen.

Diese Arbeit stellt auch einen besonderen Schwerpunkt der Landeszentrale für politische Bildung dar. Durch Aufklärungsarbeit in unterschiedlicher Form kann die Landeszentrale mittel- und langfristig daran mitwirken, dass das Zusammenleben von unterschiedlichen ethnischen Gruppen auch als positiver Wert in unserer Gesellschaft breite Anerkennung findet.

Es geht um einen tiefgreifenden Lern- und Veränderungsprozess. Ich begrüße es deshalb sehr, dass alle Fraktionen des Parlaments dazu beigetragen haben, die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Zuschüsse an freie Träger zum Zwecke der Vorbeugung und Bekämpfung von Diskriminierung Menschen ausländischer Herkunft und Angehöriger ethnischer Minderheiten zu erhöhen.

So wenig die Migranten verantwortlich sind für den Rechtsextremismus, so kann auch nicht Integrationspolitik die Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus mit allen dem Staate zur Verfügung stehenden Mitteln der Repression tragen. Integrationspolitik kann aber dafür sorgen, dass diejenigen, die die Zielscheibe von Rassismus und Rechtsextremismus sind, gestärkt werden. Und das sind in erster Linie - wenn auch nicht ausschließlich - Menschen anderer Staatsangehörigkeiten oder Hautfarbe.

(B)

Die Haushaltsberatungen im zuständigen Ausschuss haben gezeigt, dass trotz unterschiedlicher Auffassungen, Bewertungen und Schwerpunktsetzungen im Detail alle Fraktionen dieses Hauses ein großes gemeinsames Interesse haben: Nordrhein-Westfalen soll ein Land sein und bleiben, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion, Hautfarbe oder ethnischer Zugehörigkeit friedlich, offen und in gegenseitiger Anerkennung arbeiten, wohnen und miteinander leben. Dazu gehört immer und überall, dass um Probleme kein Lappen gewickelt wird, dass über Probleme geredet wird und dass man in diesem Zusammenhang jederzeit erhaben darüber ist, Ausländerfeindlichkeit Vorschub leisten zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das in NRW schaffen, machen wir es gut. - Danke. (C)

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Herrn Schartau, sehr herzlich. - Wir sind dann am Ende der Beratungen zum Einzelplan 15.

Ich möchte vereinbarungsgemäß darauf hinweisen, dass in der Zeit zwischen 13.00 und 14.00 Uhr keine Abstimmungen stattfinden werden. Wir machen deshalb jetzt weiter mit dem Einzelplan 14. Nach 14.00 Uhr werden wir über den Einzelplan 15 und auch über den Einzelplan 05, der gestern beraten wurde, abstimmen.

Wir gehen also zunächst zu **Nummer 3** über:

Einzelplan 14: Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Dieser Einzelplan enthält die Bereiche a) Städtebau und Wohnen, b) Kultur und c) Sport.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/814. (D)

Ich eröffne die Beratung zu folgendem Teilbereich:

a) Städtebau und Wohnen

Ich erteile Herrn Kollegen Schulte für die CDU-Fraktion das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Regierungsbildung im letzten Jahr entstand die Synthese aus MBW und MSKS in Form des MSWKS. Laut Zitat des Regierungssprechers bedeutet dies die Mutation von Brusi Bauchladen hin zu Vespers Sammelsurium für alles Mögliche.

Wir haben aufmerksam beobachtet, ob nunmehr der vom Minister nie sonderlich geliebte Wohnungsbaubereich noch mehr im Schlagschatten der Kultur verkümmert. Dass das so ist, zeigt die Tatsache, dass immer mehr Probleme des Wohnungsbau zutage treten, denen in Vergangenheit

(Bernd Schulte [CDU])

- (A) und Gegenwart nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wurde und wird.

Der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen steht an einer Weggabelung. Die eine Richtung weist hin zu grundlegenden Reformen mit dem Ziel, die Versorgung sozial schwacher Schichten der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum wieder zu sichern, die Eigentumsbildung breiter Schichten zu fördern sowie die Wohnungsmärkte zu deregulieren, um Investitionshemmnisse und Staus abzubauen.

Die andere Richtung weist hin zur Degradierung des sozialen Wohnungsbaus zum bloßen Selbstzweck, zur Aufrechterhaltung eines gigantischen Fördersystems und Apparats, von denen keine nennenswerten Impulse für die Baukonjunktur durch Anstoß privater Investitionen ausgehen.

Der Minister ist auf dem letztgenannten Wege, denn mittlerweile ist allen deutlich geworden, dass aus dem Kernstück Ihres Fördersystems, dem ersten Förderweg, ein Ladenhüter geworden ist.

- (B) Vielerorts ist die Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau höher als die ortsübliche Vergleichsmiete. In Zeiten von entspannten und ausgeglichenen Märkten ist es deshalb für den Facharbeiter mit Familie preisgünstiger und komfortabler, eine Wohnung frei finanziert zu suchen und zu bewohnen, als sich in die regulierende Enge Ihres Systems zu begeben. Steigt dieser Facharbeiter durch Leistung und Qualifizierung zum Meister oder weiter auf, kommt auf ihn die Beglückung durch die Ausgleichszahlung zu, obwohl er zur sozialen Balance und zur Ausgeglichenheit seines Wohnquartiers beiträgt.

Das Festhalten der Landesregierung an der Ausgleichszahlung fördert eine soziale Schieflage ganzer Quartiere mit immensen Folgekosten für sozialpolitische Reparaturarbeiten. Es ist schon bemerkenswert, dass im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen der rot-grüne Senat der Hansestadt Hamburg beschlossen hat, aus der Fehlbelegungsabgabe bis zum Jahre 2004 schrittweise auszustiegen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen musste bereits zwei Mal durch zinskorrigierende Rechtsverordnungen in die Mietpreisentwicklung alter Bestände eingreifen, weil ansonsten sozial unverträgliche Mieterhöhungen gegriffen hätten, die

- (C) zweifellos eine Erhöhung von Leerständen in Problemgebieten gebracht hätten.

Sie, Herr Minister, stehen völlig hilflos unter dem Druck des Finanzministers bzw. der WestLB und der Wohnungsbauförderungsanstalt. Der Finanzminister will auf jeden Fall die Entstehung eines negativen Zinssaldos beim Wohnungsbauvermögen verhindern, und die Wohnungsbauförderungsanstalt hat konsequent die Grenze zur Inanspruchnahme des haftenden Eigenkapitals der Anstalt im Auge. Diesem Druck sind Sie nicht gewachsen und lassen deshalb die Mieter im Lande die Zeche bezahlen.

Der erste Förderweg steht vor dem Aus und macht eine Neuorientierung der Wohnungspolitik im Lande unabdingbar erforderlich. Der Not gehorchend und nicht aus Einsicht haben Sie im Wohnungsbauprogramm 2001 den Förderschwerpunkt auf die Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau verlagert, und das entspricht unserer seit Jahren wiederholten Forderung.

Sollte dieses Programm jedoch nicht anspringen - und berechtigte Zweifel bestehen wohl nicht nur bei Ihnen -, so haben Sie gleich in den Städten und Kreisen den Sündenbock ausgemacht: Zum einen unterstellen Sie einen Antragsstau bei der Bearbeitung durch die örtlichen Bewilligungsbehörden, und zum anderen erkennen Sie plötzlich, dass insbesondere in den Großstädten keine baureifen Flächen für Eigentumsmaßnahmen in den verschiedensten Wohnformen zur Verfügung stehen.

Warum wohl? - Die Antwort gab jüngst der Oberbürgermeister von Oberhausen im Rahmen eines von Ihnen veranstalteten Forums in Essen, als er in offener Freimütigkeit ausführte, dass die Verantwortlichen - vielfach in ehemals von der SPD regierten Großstädten - systematisch die Verknappung von Bauland und die Verdichtung um jeden Preis betrieben hätten, um dies zum Instrument der Bildung politischer Mehrheiten zu machen.

Nordrhein-Westfalen hat eine viel zu niedrige Eigentumsquote, und Sie werden uns an Ihrer Seite haben, wenn es darum geht, diese Quote zu puschen. Doch es überwiegt bei uns Skepsis. Ich will einmal einen Vergleich nennen: Im Reitsport - das habe ich mir sagen lassen - gibt es so etwas wie den Doppelten Oxer, und in der Eigentumsbildung in Nordrhein-Westfalen gibt es so etwas

(D)

(Bernd Schulte [CDU])

- (A) wie den "doppelten Vesper", eine für bauwillige Normalverbraucher schier unüberwindbare Hürde auf dem Weg zur Eigentumsbildung.

Bei den Einkommensgrenzen müssen bauwillige Familien Minieinkommen haben, und bei der Errechnung des so genannten Rückbehalts kann das Einkommen nicht hoch genug sein. Deswegen müssen die Einkommensgrenzen neu bemessen werden, und eine Mietwohnung darf nach wie vor nicht höher subventioniert werden als Wohneigentum.

In der momentanen Situation der ausgeglichenen Märkte und Teilmärkte könnte die Landesregierung viel tun, um zur langfristigen Verstetigung der Versorgungslage mit Wohnungen in den verschiedensten Preissegmenten Vorsorge zu treffen.

Ein Instrument dafür könnte die LEG sein, die Landesentwicklungsgesellschaft, an der das Land mehrheitlich beteiligt ist. Im Koalitionsvertrag 2000 heißt es dazu, dass das Immobilienvermögen der LEG so auszurichten sei, dass zusätzliche Verwendungsmöglichkeiten eröffnet würden und eine steigende Rentabilität höhere Abführungen an den Landeshaushalt ermöglichen solle.

- (B) Was das konkret bedeutet, ist derzeit in der Stadt Hamm nachvollziehbar. Mit Zustimmung des Landes veräußerte die LEG 664 Wohnungen an einen zumindest fragwürdigen Investor - ohne vorherige Bonitätsprüfung und ohne Festschreibung eines Rückkaufrechts im Vertrag. Versprochene Sanierungsmaßnahmen bleiben aus, Mieter und Stadt haben das Nachsehen, die erwerbende Gesellschaft landet in der Zahlungsunfähigkeit, das Konkursverfahren wird eröffnet, und das Land überlegt, mit Modernisierungsmitteln in Millionenhöhe in die Bresche zu springen.

Ein derartiger Einsatz von landeseigenem Immobilienvermögen kann kein Privatisierungsbeispiel sein. Das Land trägt dazu bei, im Falle einer Zwangsversteigerung dieser Objekte die Fristen der Sozialbindung weiter zu verkürzen. Deshalb betreibt die Landesregierung durch Billigung der Geschäftspolitik der Landesentwicklungsgesellschaft eine Wohnungswirtschaft zulasten der sozial Schwachen. Das ist eindeutig unfair und ungerecht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Bereich der Stadtentwicklung setzen Sie, Herr Minister, auf eine fragwürdige Kontinuität. Das Land fördert weiter Leuchtturmprojekte. Statt dezentraler und bürgernaher Förderung wird weiter Symbolpolitik betrieben, die sich auf einzelne Prestigeobjekte in den Ballungsgebieten bezieht. Der ländliche Raum bleibt wie so oft auf der Strecke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die ständige Kürzung der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz führt zu einem explosiven Anwachsen kommunaler Wünsche nach Förderung aus dem Stadterneuerungsprogramm. Dieses ist siebenfach überzeichnet, und neue Haushaltsmittel sind bereits durch Verpflichtungsermächtigungen langfristig festgelegt. Bei der Erneuerung und der Modernisierung von Bahnhöfen haben Sie sehr viel Hoffnung bei Städten und Gemeinden, besonders im ländlichen Bereich, geweckt. Abgesehen von einigen Leuchttürmen bietet die Bahnhofsszene in der Fläche des Landes jedoch ein von Tristesse und Bauфälligkeit gekennzeichnetes Bild.

Fragwürdige Kontinuität im Städtebau und keine Antworten auf drängende Zukunftsfragen im sozialen Wohnungsbau - das sind die Leitlinien Ihrer Politik ohne Perspektive und Visionen, die dem gesamten Regierungshandeln entsprechen. Die CDU-Landtagsfraktion wird deshalb den Einzelplan 14 des Landeshaushalts für das Jahr 2001 ablehnen. - Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Schulte. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Werthmann.

Ellen Werthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Einzelplans 14 spiegelt die so genannte Lebensraumpolitik wieder. Die Politikfelder dieses Ministeriums erreichen unmittelbar weite Teile unserer Bevölkerung; denn Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis der Menschen. Alle wollen und müssen wohnen. Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil

(C)

(D)

(Ellen Werthmann [SPD])

- (A) des Lebens ähnlich dem Essen, Trinken oder Schlafen. Wohnen meint aber nicht nur die eigenen vier Wände. Das Wohnumfeld ist das nach draußen verlängerte Wohnzimmer. Daher gehören Stadtentwicklung und Wohnen eng zueinander, dem jetzt - wie auch Sie eben festgestellt haben, Herr Schulte - entsprochen wird.

Wohnen, Stadtentwicklung und Raumordnung sind Spiegelbilder unserer Zeit. Die Geschichte des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung hier in Nordrhein-Westfalen ist die Geschichte eines wesentlichen Teils unserer Kultur. Beim Bauen und Wohnen ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen den modernen Entwicklungen auf der einen Seite, die mit den Begriffen Individualisierung, Ökonomisierung, Globalisierung und Technisierung umschrieben werden können, und der Statik des bebauten Raums auf der anderen Seite.

Gebäude sind langlebige Wirtschaftsgüter und nicht beliebig ersetz- oder austauschbar. Fehler im Wohnungsbau und in der Stadtentwicklung haben eine besonders lange Wirkungszeit. Schon Goethe hat gesagt: Man mag immerhin Fehler begehen, bauen darf man sie nicht.

- (B) Der heutige Wohnungsmarkt ist entspannt und gespalten zugleich. Die Entspannung zeigt sich unter anderem in höheren Leerstandsquoten, der Zunahme von Wohnungswechseln und der gebremsten Entwicklung von Mietpreisen.

Aber wir Fachpolitiker wissen auch, dass es nicht den einen Wohnungsmarkt, sondern viele Teilmärkte gibt, die sich nach sozialen und regionalen Gesichtspunkten unterscheiden. Wir kennen die Wellenbewegungen des Wohnungsmarktes, die gern auch als Schweinezyklus beschrieben werden.

(Theodor Kruse [CDU]: Was?)

Daher wissen wir, dass Wohnfragen in absehbarer Zukunft wieder ganz oben auf der politischen Agenda stehen werden.

Einige Trends, die den künftigen Wohnraumbedarf bestimmen, sind schon heute absehbar: Erstens verändert sich dramatisch die Altersstruktur der Gesellschaft. Ältere Menschen neigen dazu, Wohnraum zu horten. Zweitens werden die Haushaltsgrößen unweigerlich sinken. Drittens fällt in den kommenden Jahren ein Großteil der Sozialwohnungen aus den Belegungsbindungen. Vier-

- (C) tens nimmt die allgemeine Inanspruchnahme von Wohnflächen seit Jahren kontinuierlich zu.

Vor diesem Hintergrund befassen wir uns schon jetzt mit den Wohnfragen von morgen. Wir haben bereits notwendige Weichenstellungen umgesetzt.

Die Wohn- und Stadtentwicklungspolitik ist trotz der statischen Materie, mit der sie sich befasst, von enormer Dynamik gekennzeichnet. Nach zehn Jahren Stagnation ist es uns gemeinsam mit der Bundesregierung gelungen, eine längst überfällige Wohngeldnovelle umzusetzen, die zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist. Sie hat ein Volumen von 1,4 Milliarden DM, wovon Nordrhein-Westfalen 170 Millionen DM Landesmittel beisteuert. Die Bundesregierung hat das nordrhein-westfälische Programm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" als Bundesprogramm "Soziale Stadt" aufgegriffen, um Anreize zu geben und bundesweit Wege aufzuzeigen, wie Wohnungspolitik und Stadtentwicklung stärker miteinander verknüpft werden können und beschäftigungspolitische Ziele erreichbar sind. Der Bund hat für 2001 nach langjährigem vergeblichen Drängen den Programmrahmen für die Stadterneuerungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen um 37 Millionen DM auf 79 Millionen DM erhöht.

(D) Gemeinsam mit der Bundesregierung haben wir eine Mietrechtsreform verabschiedet, die vieles vernünftiger regelt als bisher. Nun sind wir dabei, zusammen mit der Bundesregierung das Wohnungsbaurecht mit dem Ziel größerer Flexibilisierung und Bestandsorientierung zu reformieren. Neben dem geförderten Wohnungsneubau werden vor allem Umbauten und Modernisierung im Bestand ein größeres Gewicht bekommen. Die Reform wird den Ländern insgesamt einen größeren Gestaltungsspielraum geben, etwa bei der Festlegung von Einkommensgrenzen.

Meine Damen und Herren, auch da, wo Wohnungspolitik ausschließlich in Nordrhein-Westfalen gestaltet wird, ist von den Koalitionsfraktionen vieles in Bewegung gesetzt worden. Nach der umfangreichen Novellierung des Fehlbelegungsrechtes, der heutigen Ausgleichsabgabe, überprüfen wir die sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen. Die Schattenseite dieser Novelle ist offensichtlich: Das Aufkommen aus der Ausgleichsabgabe wird sich mehr als halbieren. Diese

(Ellen Werthmann [SPD])

- (A) Mittel gehen dem künftigen sozialen Wohnungsbau natürlich verloren.

Das Wohnungsprogramm 2001 ist im bundesweiten Vergleich trotz der abnehmenden Tendenz im Mietwohnungsbau herausragend. Wegen der angespannten Finanzsituation des Landes haben wir uns bei Änderungen im Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsetat auf einige wenige Punkte konzentriert.

Erstens geht es uns um die Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen im Wohnungsbestand und im Neubau. Zurzeit geht über unser Land eine Privatisierungswelle hinweg. - Sie haben eben Hamm angesprochen. Aber dazu gibt es noch viel mehr zu sagen. Wir werden in einer Ausschusssitzung noch darüber diskutieren. - Viele industrieverbundene Wohnungsunternehmen, viele Kommunen, sicherlich auch die Landesentwicklungsgesellschaft veräußern ihre Wohnungsbestände. Dies führt zu Verunsicherung der heutigen Mieter. Ihnen wollen wir eine Alternative zum Wohnen im Eigentum und Wohnen zur Miete aufzeigen.

- (B) Genossenschaften bilden mit ihrem Solidargedanken eine gute Alternative zur heutigen Globalisierung und Individualisierung. Sie können spekulationsfreie Wohnungsbestände schaffen und erhalten. Sie sind und bleiben verlässliche Partner einer sozialen Stadtentwicklung. Sie fördern den Gedanken der Selbsthilfe und der Eigenverantwortung. Sie stellen dem Wohnungsbau und den Wohnbeständen neues Kapital zur Verfügung und garantieren eine soziale Wohnraumversorgung. Sie führen Menschen zusammen, bilden Gemeinschaften und verteilen Lasten. Daher ist es wünschenswert, dass Wohnungsgenossenschaften auch im 21. Jahrhundert an Bedeutung gewinnen.

Wir sehen in den Wohnungsgenossenschaften heute und in Zukunft die Keimzelle einer neuen integrierten Wohnungspolitik. Da wir bereits im Haushalt 2000 einen entsprechenden Ansatz zur Förderung von Genossenschaftsgründungen eingebracht haben, nehmen wir die entsprechende Mittelkürzung der Landesregierung in diesem Bereich nunmehr zurück.

Zweitens gilt unsere Aufmerksamkeit dem Grundstücksfonds. Ihm wird bundes- und sogar europaweit großes Interesse entgegengebracht. Es ist ein herausragendes Instrument unserer

Stadtentwicklungs-, Struktur- und Flächenpolitik. Mit diesem Fonds haben wir für brachliegende Industrieflächen in städtischen Lagen zusammen mit den Kommunen die Möglichkeit, den vielleicht vorhandenen ökonomischen Interessen ökologische, städtebauliche und sozialkulturelle Ziele entgegenzusetzen. Ohne den Grundstücksfonds wäre die IBA, insbesondere deren Leuchtturmprojekte, nicht möglich gewesen.

Der Haushaltsansatz der Landesregierung sah aufgrund erhöhter Einnahmen und verringerter Ausgaben eine Kürzung des Stammhaushaltes für den Grundstücksfonds vor. Das hätte weniger Grunderwerb, weniger Aufbereitung von Flächen sowie geringere Verkaufserlöse bedingt. Der Grundstücksfonds hätte seine aktive Rolle verloren und wäre über kurz oder lang abgewickelt gewesen. Damit der Grundstücksfonds auch künftig neue Flächen aufkaufen kann und bereits laufende Entschließungsmaßnahmen fortgesetzt werden können, haben wir den Baransatz um 11 Millionen DM auf 64,835 Millionen DM erhöht.

Drittens. Viele Kommunen außerhalb der Großstädte in Nordrhein-Westfalen haben große städtebauliche Probleme mit nicht mehr genutzten Bahnflächen. Trotz des großen Mangels an neuen Bauland- und Gewerbeflächen schlummern in Nordrhein-Westfalen bei der Deutschen Bahn AG über 20.000 ha nutzbare Reserven. Zum großen Teil befinden sie sich in herausragenden Lagen und blockieren heutzutage eine sinnvolle Stadt- und Siedlungsentwicklung. Die Reaktivierung solcher Flächen ist eine kommunale Aufgabe.

Da es sich bei der Deutschen Bahn AG um einen bekanntlich schwierigen Verhandlungspartner handelt, ist trotz vielfältiger kommunaler Bemühungen bisher kaum etwas erreicht worden. Es mangelt allgemein an einer zielführenden Kommunikation zwischen der Deutschen Bahn AG und der jeweiligen Kommune. Beide haben häufig unterschiedliche Nutzungsvorstellungen. Planungsprozesse verlaufen unkoordiniert, und es bestehen vielfältige Unklarheiten über den Rückbau von Bahneinrichtungen. Es fehlen Untersuchungen über umweltgefährdende Stoffe. Nicht zuletzt besteht über die Höhe der Entwicklungskosten solcher Flächen völlige Unkenntnis. Dies alles zumeist vor dem Hintergrund, dass die Deutsche Bahn AG bei einer Veräußerung dieser Liegen-

(C)

(D)

(Ellen Werthmann [SPD])

- (A) schaften ihre viel zu hohen Buchwerte erreichen möchte.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen wollen den Kommunen des Landes bei der Lösung ihrer Liegenschaftsprobleme mit der Bahn AG helfen. Mithilfe unserer Haushaltsänderungen wird das Land Nordrhein-Westfalen einen Bahnflächenpool installieren. Hier wird die Deutsche Bahn AG auf der Basis eines Paketpreises in Absprache mit dem Land verschiedene Grundstücke einbringen. Das Land erbringt in diesem Zusammenhang ausschließlich eine Dienstleistung, indem es Planungen, Untersuchungen, Erhebungen von Aufbereitungskosten sowie Wirtschaftlichkeitsberechnungen beauftragt und finanziert sowie Verhandlungen mit Kommunen und Investoren führt und Kooperations-, Durchführungs- und Kaufverträge vorbereitet.

Mit dem Ansatz des Bahnflächenpools geht Nordrhein-Westfalen einen weiteren neuen Weg zur Entwicklung der Bahnflächen in unserem Land. Neben dem Aktionsprogramm "100 Bahnhöfe in NRW" zur Verbesserung von Bahnhof und Bahnhofsumfeld existiert die Modernisierungsoffensive "Bahnhöfe in NRW", mit der die Bahninfrastruktur verbessert wird. Mit all diesen Ansätzen wollen wir die Bahn in Nordrhein-Westfalen attraktiver, siedlungsverträglicher und benutzerfreundlicher machen.

(B)

Die zweite Ergänzungsvorlage zu diesem Haushalt befasst sich mit der Einrichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW. Er ist eines der wichtigsten Reformprojekte dieser Periode. Das Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW will für das Land alle Dienstleistungen rings um die Immobilie bündeln, optimieren und professionalisieren. Dabei sind insbesondere baupolitische Ziele des Landes umzusetzen. Mehrkosten dieser Zielsetzungen werden durch einen gesonderten Haushaltstitel erbracht. Die Erarbeitung baupolitischer Zielsetzungen erfolgt zurzeit in unserem Fachausschuss.

Vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW wird ähnlich wie vom Landesbetrieb Straßenbau ein erheblicher wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Impuls ausgehen. Der Bauhaushalt des Landes für den staatlichen Hochbau macht etwa 1,3 Milliarden DM aus. Damit ist das Land ein wichtiger Auftraggeber für die Bauwirtschaft, vor allem für die kleinen und mittleren Bauunterneh-

men, für das Handwerk sowie für Architektur- und Ingenieurbüros. Mit dem Ansatz des Bahnflächenpools geht Nordrhein-Westfalen einen weiteren neuen Weg zur Entwicklung der Bahnflächen in unserem Land.

(C)

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Neben dem Aktionsprogramm haben wir noch vieles zu bewerkstelligen. Ich hoffe, dass unsere Mittelbereitstellung für den Bahnflächenpool den Erfolg hat, den wir uns alle wünschen, dass die Bahn flexibler wird. Ich bin der Meinung, dass wir einen guten Ansatz geschaffen haben.

Die Deutsche Bahn AG muss verstehen, dass es so wie bisher nicht weitergeht. Die Grundstücke dürfen einfach nicht brachliegen. Herr Schulte, es ist nicht immer Böswilligkeit von den großen Städten, den Industriestädten, dass sie die Baugrundstücke nicht zur Verfügung stellen, sondern die Bahnflächen sind ein Beispiel dafür, dass es, wenn es nach uns geht, etwas schneller gehen müsste.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Werthmann. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Brendel von der F.D.P.-Fraktion.

(D)

Karl Peter Brendel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich nicht so einen langen Weg zurücklegen musste wie Frau Kollegin Werthmann, werde ich die Vortragsgeschwindigkeit nicht überbieten können. Ich spreche etwas langsamer. Ich hoffe, Sie werden mich dennoch ertragen.

Zum Wohnungsbau: Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass sich die Realität verändert hat und auch wir im Land Nordrhein-Westfalen auf diese Änderungen der Realität reagieren müssen.

Nordrhein-Westfalen hat in etwa die Hälfte des gesamten Bundesgebietsbestandes an sozialen Wohnungen. Deshalb trägt Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich eine besondere Verantwortung.

Ich bin der Meinung, es ist deutlich geworden, auch durch die Erklärungen des Herrn Ministers, dass sich die Fördersituation verändert hat und dass nach der bisherigen Förderung die Mittel

(Karl Peter Brendel [F.D.P.])

- (A) teilweise nicht mehr abgerufen werden, weil sich die Verhältnisse geändert haben. Hierauf wird man reagieren müssen.

Ich denke, dass die im Deutschen Bundestag diskutierte Veränderung in diesem Bereich nicht ausreichend ist, um die Probleme zu lösen, die in diesem Bereich angegangen werden müssen.

Ich bin der Auffassung, dass eine Umstellung der bisherigen Objektförderung auf die Subjektförderung, also weg davon, dass wir Gebäude subventionieren und anschließend die Mieter zusätzlich subventionieren, hin zu einer Subventionierung derjenigen, die die Miete nicht aufbringen können, sinnvoll ist. Wenn wir diese Umstellung hinbekommen - das ist schwierig, insbesondere im Bereich des Altbestandes; dazu hat der Minister in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag zutreffende Ausführungen gemacht -, hätten wir viele Probleme gelöst. Das komplizierte Kostenmietrecht könnte insgesamt entfallen.

Die derzeitige Situation ist doch so, dass wir zunächst einmal die Mittelvergabe beim Bau des Objekts ausführlich prüfen. Anschließend prüfen wir erstmals die Berechnung der Kostenmiete. Die Anpassung dieser Kostenmiete prüft die Behörde dann fortlaufend. Die Berechtigung der Mieter zum Bezug der Wohnung wird bei Beginn des Mietverhältnisses geprüft, und im bestehenden Mietverhältnis wird es weiter geprüft.

(B)

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Die Wohngeldvoraussetzungen für die Mieter der so geförderten Wohnungen werden parallel erneut geprüft. Wenn trotz dieser ganzen Prüfungen Unregelmäßigkeiten vorkommen, kommen wir zu einer weiteren Sonderprüfung.

Der gesamte Verwaltungsaufwand in dem Bereich Kostenmiete und sozialer Wohnungsbau könnte meines Erachtens erheblich reduziert werden, ohne dass dies zu einer Belastung der Betroffenen führen würde.

Die aktuellen Diskussionen über die Kostenmietberechnung bei der Viterra AG zeigen u. a. auch, dass das System ausgesprochen fehlerträchtig und undurchschaubar ist. In diesem Zusammenhang merke ich ausdrücklich an, dass ich viele der Punkte, die derzeit der Viterra AG vorgeworfen werden, für Ausflüsse des ausgesprochen komplizierten Systems der Kostenmiete halte. Wir

werden natürlich das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung abwarten müssen. (C)

(Zuruf von der SPD: Das würde ich auch raten!)

- Das können wir tun. Dagegen habe ich keine Bedenken.

Bei einigen der angesprochenen Fragen meine ich aber schon, dass wir bei Prüfungen bei anderen Wohnungsbauunternehmen, bei kleinen Wohnungsbauanbietern, bei großen Wohnungsbauanbietern und überhaupt, auf ähnliche Probleme stoßen würden. Diese Fehler, ob nun gewollt oder nicht gewollt, können nach meiner Überzeugung von den Betroffenen in den meisten Fällen nicht bemerkt werden, weil die Errechnung und Ermittlung der Kostenmiete so kompliziert ist, dass das für den Normalverbraucher völlig undurchschaubar ist und auch in vielen Fällen von den Behörden nicht nachvollzogen werden kann.

Ich denke, der von mir gemachte grundsätzliche Vorschlag würde einige Probleme lösen. Die derzeitigen Reformüberlegungen auf Bundesebene lassen nach meiner Einschätzung viel zu viel beim Alten.

Zum Bereich der Wohnungspolitik gehören natürlich auch die LEG- Wohnungen in Hamm. Die dortigen Vorgänge stellen sich für mich nach der Presseberichterstattung und den Berichten meiner Parteifreunde aus Hamm sehr eigenartig dar, insbesondere wenn ich dies vor dem Hintergrund der sonst immer so hoch gehaltenen besonderen sozialen Verantwortung der LEG sehe.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Den tatsächlichen Hintergrund sollten wir im Ausschuss klären. Eine Sondersitzung ist bereits beschlossen. Wir haben dann die Möglichkeit, dies darzustellen.

Bezüglich dieses Punktes merke ich an, dass ich die bisherige Öffentlichkeitsarbeit der LEG und des Ministeriums nicht für besonders gut und in keinem Fall für vertrauensbildend halte. Das hätte man sicherlich auch anders machen können.

(Beifall bei der F.D.P. und bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus ist die Betreuung und Modernisierung des Wohnungsbaubestandes angesprochen worden. Ich bin mit den Ausführungen des Mini-

(Karl Peter Brendel [F.D.P.])

- (A) steriums zu diesen Punkten der Meinung, dass in diesem Bereich etwas unternommen werden muss. Veränderte Rahmenbedingungen in dem von mir angesprochenen Sinne würden einiges erleichtern.

Die Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität der Städte - "Ab in die Mitte" und Ähnliches - begrüßen wir außerordentlich. Es ist auch notwendig, dass nunmehr stärker diese neuen Partnerschaften - das muss man jetzt wahrscheinlich in Englisch formulieren: Public Private Partnership - eingeführt werden.

Im Ergebnis halte ich das für zutreffend, auch wenn ich nicht weiter darauf eingehen möchte, weshalb es in den Formulierungen des Ministers lautet: Das Risiko neuer Partnerschaften.

Für mich ist das kein Risiko, sondern vorrangig eine Chance, die wir nutzen sollten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Kollege Schulte hat das Thema "Ausgeglichenheit der Aktivitäten im ländlichen Raum und in den Ballungszentren" angesprochen. - Auch auf die Gefahr hin, dass Sie jetzt wieder eine neue Statistik erarbeiten, aus der hervorgeht, alles sei völlig ausgeglichen - eine kennen wir schon -, gibt es nach meiner Wahrnehmung einen deutlichen Schwerpunkt bei den großen Städten.

(B)

(Minister Dr. Michael Vesper: Da ist auch der Bedarf!)

- Es gibt sicherlich einen großen Bedarf in den großen Städten. Das ist überhaupt keine Frage. Ich möchte mit Frau Werthmann auch gar nicht konträr darüber diskutieren, dass dort viel getan werden muss. Wir haben aber natürlich auch Probleme im ländlichen Raum.

Wenn Sie sich Ihre zahlreichen hochwertigen Broschüren und das, was Sie an Kongressen, Symposien und was weiß ich nicht alles veranstalten, ansehen, kommen Sie zu dem Ergebnis: Veranstaltungen finden natürlich in den Ballungszentren statt, und Veranstaltungen und Broschüren beschäftigen sich wie selbstverständlich vorrangig mit den Themen aus diesen Ballungsräumen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Als Außenstehender jedenfalls bemerkt man von Arbeiten im ländlichen Raum nichts. Ich denke,

das sollten wir einmal feststellen. Es geht hier nicht darum, dass wir den Kampf Großstadt gegen Land führen. Nur sollten wir Problembereiche in beiden Fällen im Auge behalten.

(C)

Angesprochen worden ist die Bedeutung der Verfügbarkeit von Flächen für die Planung und die Entwicklung der Gemeinden. - Über diese besondere Bedeutung sprechen wir in diesem Hause auch im Zusammenhang mit einem Antrag der F.D.P.-Fraktion betreffend andere Bereiche. Wir halten die Verfügbarkeit von Flächen für richtig und wichtig und haben daher dem Erhöhungsverlangen der Koalitionsfraktionen im Ausschuss in diesem Punkt zugestimmt, und das ist auch in Ordnung.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass wir Grundstücksfonds gegen Städtebaumittel ausspielen wollen. Auch bei der Städtebauförderung wäre mehr natürlich schöner gewesen. Der Bedarf an diesen Mitteln wird durch die Nachfrage aus den Städten und Gemeinden deutlich. Zu einer Aufstockung konnte sich die Regierung noch nicht entschließen. Ich denke, dass wir über das Gewicht des Städtebaus in der Zukunft noch intensiv werden reden müssen.

Angesprochen worden sind in den Ausführungen von Frau Werthmann weitere Punkte wie Bahnflächenpool und Ähnliches. Vieles, was in den entsprechenden Programmen und Darstellungen behandelt wird, ist gut und richtig. Man muss natürlich auch immer gucken, wie es gemacht wird und wo das Geld herkommt. Manchmal stammt es aus Umschichtungen, die im Ergebnis auch zulasten der Gemeinden gehen. Das wiederum halten wir nicht für richtig.

(D)

Die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ist nach den Ankündigungen des Ministers eine Daueraufgabe. Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Auch wir halten den weiteren Abbau von Regulierungen für dringend erforderlich. Zum Bürokratieabbau und zum Abbau von Überregulierungen haben wir einen eigenen Antrag vorgelegt. Ich denke, diese Arbeiten werden gerade und auch im Bereich der Bauverwaltung und des Bauordnungsrechtes dringend fortzusetzen sein. Diese Aufgaben sollten wir in diesem Jahr angehen. Wir sind hierzu bereit. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (A) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Brendel. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Dr. Rommelspacher das Wort.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon einmal in einer Rede - da war das Plenum etwas besser besetzt als jetzt - darauf verwiesen, dass Nordrhein-Westfalen das Land der Städte ist. Das ist wichtig, sich vor Augen zu führen, wenn wir über den Städtebauhaushalt reden.

Wir reden nämlich darüber, dass über 85 % aller Menschen im Lande in den großen Ballungsräumen, in den alten Oberzentren, aber auch in den kleinen und mittleren Städten des ländlichen Raumes leben. Diese Cities, diese Nebenzentren, diese Wohnquartiere und diese Arbeitsorte sind der Bezugsraum, den Menschen alltäglich erleben und der einen guten Teil ihrer Qualität von Leben und Arbeit ausmacht.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, betrachten wir, Rot-Grün, die Städte mit ihren überkommenen Strukturen, mit ihren Cities und Wohnbereichen, mit ihren Grünflächen und Parks, mit den Gewerbegebieten als ein großes ökonomisches und kulturelles Kapital. Herr Schulte, wenn Sie denn da wären ---

- (B)

(Bernd Schulte [CDU] ist anwesend.)

- Ach, Herr Kollege. Daraus genau gewinnen wir unsere Vision. Wir stehen zur gewachsenen europäischen Stadt, in ihrer Dichte, in ihrer Heterogenität, und versuchen, sie u. a. mit Mitteln des Städtebaus, mit Städtebauförderungsmitteln, in das zweite Jahrtausend, in eine Gesellschaft der Individualisierung, der Globalisierung hineinzuführen.

Dass wir das können, gerade hier im Lande, ist auch einem insgesamt einigermaßen gut ausgestatteten Städtebauetat zu verdanken. Die drei großen Ansätze, aus denen das zusammenfließt, was man Städtebauförderung nennt, betragen immerhin fast 330 Millionen DM. Das ist nicht nichts in einer Situation, in der er es dem Land so gut nicht geht.

Wir bringen allerdings dieses an sich gute Ergebnis nur dadurch zustande - Kollegin Werthmann hat schon darauf verwiesen -, dass Rot-Grün - nach anderthalb Jahrzehnten Vernachlässigung

- (C) der Stadtentwicklung durch CDU und F.D.P. im Bund - in Berlin wieder in die Städtebauförderung eingestiegen ist.

Wenn ich zusätzlich den Grundstücksfonds, der ebenfalls einigermaßen stabil gehalten werden konnte, einbeziehe, dann kann ich summarisch feststellen, dass wir auch im Jahre 2001 weiterhin in die Innenstädte investieren, gegen den Verfall der Problemstadtteile anarbeiten können, dass wir das überaus erfolgreiche Bahnhöfeprogramm fortsetzen können. Ich sehe diese tote Szene nicht, Herr Kollege Schulte. Wenn ich die Bahnhöfe abgehe, dann sehe ich, dass inzwischen weit über hundert Erneuerungsprojekte angegangen und weitere in der Pipeline sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses erfolgreiche Programm wird fortgesetzt.

Wir können aber auch die Entwicklung der Gewerbegebiete weiter unterstützen. Vor allen Dingen können wir den Teilen des Landes, die sich noch im Strukturwandel befinden, die Hilfen, die sie beim Anstoß, bei der Aufbereitung der großen Gewerbebrachen dringend brauchen, tatsächlich auch geben.

Herr Schulte, wir werden auch dem ländlichen Raum, z. B. den derzeit durch Schließung von Bundeswehrstandorten besonders gebeutelten Gebieten wie etwa dem Münsterland, die Hilfen geben, die er braucht, um diese Standorte aufzubereiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

- (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können sicher sein: Die Städtebauförderung ist im Gegensatz zu dem, was Sie jetzt - ich möchte fast sagen - mit Impertinenz behaupten, ein sehr flexibles Instrument über die ganzen Jahre gewesen. Seit 1971 haben wir das Städtebauförderungsgesetz. In diesen 30 Jahren hat es immer wieder gewandelte Problemlagen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen gegeben.

Ich räume ein: Die letzten 10 Jahre, die 90-er Jahre, waren das Jahrzehnt des Ruhrgebiets. Aber es war auch nötig. Die IBA hat ihr Geld gebraucht und sie war ihr Geld wert. Das Jahr 2000 und folgende werden andere Schwerpunkte setzen. Sie werden das sehen.

Insgesamt betreiben wir also eine Städtebauförderung, meine Damen, meine Herren, die sich nicht darin erschöpft, irgendwelche Fußgängerzo-

(Dr. Thomas Rommelspacher [GRÜNE])

- (A) nen aufzuhübschen. Wir investieren ganz systematisch und mit sehr langem Atem in die Städte und sichern damit nicht nur die alltägliche Lebensqualität der Bürger, sondern tragen auch entscheidend dazu bei, dass die großen Ballungsräume, von denen unser Land lebt, funktionsfähig bleiben.

Damit schaffen wir auch das Umfeld für eine Wirtschaft, die sich zunehmend tertiärisiert. Dienstleistungen werden nämlich immer öfter nicht in den großen Gewerbegebieten vor den Toren der Städte erbracht, sondern in den Städten selbst, in den urbanen Milieus, die wir mit unseren Haushaltsmitteln pflegen und voranbringen. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Städtebauförderung in einem ganz guten Sinne auch Wirtschaftsförderung. Sieht man von den ganz wenigen EU-Fördergebieten ab, die es im Lande noch gibt - sie schrumpfen sichtbar Tag für Tag -, sind diese Fördertöpfe der einzige Weg, auf dem wir die Unternehmen direkt erreichen und ihnen die Infrastruktur besorgen können, die sie brauchen, um weiter zu existieren und sich weiterzuentwickeln.

- (B) Wir optimieren aber nicht nur die traditionellen Mittel, sondern wir gehen auch neue Wege. Mit dem Programm "Initiative ergreifen" laden wir die Bürgerinnen und Bürger ein, in gemeinschaftlichen Projekten selbst innovative Lösungen für urbane Probleme zu entwickeln. Wir fordern sie im wörtlichen Sinne auf: Werden Sie initiativ, denken Sie nach, tun Sie sich zusammen, entwickeln Sie Problemlösungen; wir werden Sie dabei mit Mitteln der Städtebauförderung unterstützen.

Nicht nur die Städtebauförderung wandelt sich von Jahr zu Jahr; auch die Herausforderungen an die Wohnungspolitik haben sich gewandelt und werden dies auch weiterhin tun. Im Gegensatz zu dem, was Herr Schulte darzustellen versuchte, zeigt dieser Haushalt auch hier einen sehr deutlichen Wandel, nachdem die Versorgung breiter Schichten mit Wohnungen gesichert ist. Wir haben inzwischen in einigen Städten umfangreiche Leerstände, wir haben einen regelrechten Mietermarkt. Im Gegensatz zu vor vier, fünf Jahren ist es in den NRW-Ballungsräumen überhaupt kein Problem, gute Wohnungen zu angemessenen Preisen zu bekommen. In dieser Situation gehen wir zu einer sehr differenzierten Wohnungsbaupolitik

- (C) über. Wir konzentrieren die Fördermittel räumlich in den Bedarfsregionen und sozial auf die Bedarfsgruppen.

Herr Kollege Schulte, wenn Sie feststellen, dass NRW keine ausreichende Eigentumsquote hat, dann wissen Sie so gut wie ich, dass das historische Gründe hat. Wir waren einmal ein Land mit einer großen Industriearbeiterschaft und mit großen industrienahen Wohnungsbauunternehmen; Vitterra ist nur ein Name für ganz viele. Wenn jetzt diese Bestände abgebaut und in großem Umfang privatisiert werden, dann dürfen Sie sich nicht beklagen, dass ab und zu einmal Fehler passieren. Ich gebe zu, dass Hamm kein Ruhmesblatt war; wir werden darüber reden.

Insgesamt ist die Wohnungsbaupolitik des Landes Nordrhein-Westfalen und dieses Ministeriums aber durch eine enorme Flexibilität gekennzeichnet. Inzwischen bündeln wir und machen Globalbudgets. Sie erinnern sich an das Projekt in der Region Bonn/Rhein-Sieg, wo alle Förderungsmittel in einen Topf gegeben und von den örtlichen Instanzen frei vergeben werden. Wir hoffen, dass dieses Modellprojekt rasch auf das ganze Land ausgedehnt wird.

- (D) Zugleich vereinfachen und bündeln wir die gesamte Wohnungsbauförderung mit der des Bundes.

Zudem sind wir - Frau Kollegin Werthmann hat bereits darauf verwiesen - seit dem 1. Januar diesen Jahres nach 15 Jahren katastrophaler Vernachlässigung erstmals dazu übergegangen, das Wohngeld zu erhöhen. Auch hier gibt es also eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Last not least stehen 90 % aller Gebäude, die im Jahre 2020 genutzt werden, heute schon. Deswegen fördern wir nicht nur Solarsiedlungen oder energieeffiziente Passivhäuser. Die zentrale Herausforderung besteht darin, in den Bestand hineinzugehen. Diese Strategie werden wir über die bewährte Modernisierungsförderung des Landes betreiben. Aber auch hier sind wir innovativ und haben schon im Jahre 2000 eine entscheidende Facette hinzugefügt, die Sie auch im Haushalt 2001 wiederfinden: Wir werden die experimentelle und zukunftsweisende Wohnungspolitik dadurch fördern, dass wir Mietern und Investoren die Chance geben, selbst neue Lösungen zu erarbeiten, sei es, indem sie Genossenschaften

(Dr. Thomas Rommelspacher [GRÜNE])

- (A) gründen, sei es, dass sie neue Konzepte für die Bewirtschaftung hochverdichteter Siedlungen der 60er- und 70er-Jahre finden. Auch hier gibt es, wie ich denke, eine gute Mischung aus bewährten und optimierten sowie aus vorsichtigen innovativen Schritten.

Meine Damen, meine Herren, ich habe schon am Beispiel von Hamm gesagt, dass nicht alles gut ist. Aber die Bilanz insgesamt zeigt, dass wir die Herausforderungen erkannt haben und sie innovativ angehen. Von daher kann ich mit diesem Haushalt und der Politik, die dahinter steht, voll auf zufrieden sein. - Danke.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rommelspacher. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Vesper.

- (B) **Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war gut, dass Frau Kollegin Werthmann, die ich jetzt hier im Saal nicht entdecken kann, die aber sicherlich an den Geräten zuhört, noch einmal darauf hingewiesen hat, dass Wohnungspolitik und Städtebau- sowie Stadtentwicklungspolitik nach der Neubildung der Landesregierung zusammengefasst worden sind. An Herrn Abgeordneten Schulte ist diese Neuerung offenbar vorbeigegangen, denn er hat in seiner Rede so getan, als umfasse der Einzelplan 14 ausschließlich den Wohnungsbau und die Wohnungsbaupolitik.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das war der Textbaustein vom letzten Jahr!)

- Ja, wahrscheinlich der Textbaustein aus der vorigen Wahlperiode.

Sie haben die ganz essenzielle Funktion der Städtebauförderung schlicht ignoriert, Herr Schulte. Das sollte man als Wohnungs-, Städtebau- und Stadtentwicklungspolitiker nun wirklich nicht tun.

Wir haben auch gestern schon des Öfteren erlebt, dass sich die Oppositionsrollen heftig unterscheiden. Das, was Herr Brendel gesagt hat, war nämlich in Teilen durchaus richtig und lädt zu einer sehr differenzierten Betrachtungsweise und Antwort ein.

(C) Meine Damen und Herren, der soziale Wohnungsbau ist in der Tat ein Thema, das nicht erledigt ist, sondern weitergeführt werden muss. Heute ist natürlich anders zu handeln als in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der es darum ging, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen.

Heute ist sozialer Wohnungsbau in sozialer Verantwortung dazu da, diejenigen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen, die sich aus eigener Kraft am Markt nicht versorgen können. Das ist das Ziel des sozialen Wohnungsbaus und diese Aufgabe existiert weiterhin, und zwar auch angesichts von Zahlen, die uns als rot-grüner Landesregierung nun wirklich ein gutes Zeugnis ausstellen. 1995 hatten wir in Nordrhein-Westfalen noch eine rechnerische Differenz von 400.000 zwischen den Haushalten und den Wohnungen in diesem Lande. Mittlerweile ist diese Differenz auf 100.000 gesunken. Das heißt, dass wir drei Viertel dessen, was an ungedeckter Nachfrage vorhanden war, durch unsere Politik des sozialen Wohnungsbaus decken konnten.

(D) Trotzdem - Frau Werthmann hat darauf hingewiesen - signalisiert auch die Tatsache, dass es an der einen oder anderen Ecke Leerstände gibt, nicht, dass der Bedarf in anderen Segmenten des Wohnungsmarktes gedeckt wäre. Der Bedarf ist da, und deswegen müssen wir den sozialen Wohnungsbau weiterführen. Das tun wir, Herr Schulte. Was Sie da über die Beziehungen zwischen Bau- und Finanzminister erzählen, das erzählen Sie jedes Mal wieder neu, das gehört nun wirklich ins Märchenbuch.

(Beifall bei der SPD)

Das sollten wir nachher eher unter Kulturpolitik diskutieren, aber nicht hier, wo es um Realitäten geht. In der Kultur geht es allerdings auch um Realitäten - das räume ich ein.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir haben nach wie vor mit 15.000 Wohneinheiten das größte Programm des sozialen Wohnungsbaus. Welches Land in der Bundesrepublik Deutschland macht das denn? Da, wo Ihr Partner regiert, passiert das ganz bestimmt nicht, lieber Herr Schulte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Wir haben es darüber hinaus geschafft, die Bestandsmieten konstant zu halten.

Wir haben die Verzinsung für zwei Jahre in einem großen Kraftakt ausgesetzt. Wo ist das denn sonst passiert?

Wir haben seit sechs Jahren konstante Neubaubewilligungsmieten im sozialen Wohnungsbau. Wo gibt es das sonst?

Wir haben die Budgetierung eingeführt - Herr Rommelspacher hat darauf hingewiesen -, um neue Formen des sozialen Wohnungsbaus auszuprobieren.

Und wir sind in Zusammenarbeit mit dem Bund gerade dabei, im Rahmen der vereinbarten Förderung eine neue einfachere Form des sozialen Wohnungsbaus zu entwickeln, sodass das Kostenmietrecht für Neubauvorhaben schon in sehr naher Zukunft nicht mehr angewandt werden wird.

Das, was wir wohnungspolitisch durchgesetzt haben, ist in der Tat eine Erfolgsgeschichte. Dazu können wir uns bekennen.

- (B) Wenn Sie, Herr Schulte, das Eigentum ansprechen, dann verstehe ich Sie wirklich überhaupt nicht mehr. Ich war es doch, der in den vergangenen Jahren die Eigentumsquote für die Zielgruppen des sozialen Wohnungsbaus immer stärker angehoben hat. Wir haben heute eine Situation, dass jeder, aber auch jeder Antrag, der von einer jungen Familie mit Kindern gestellt wird, auch bewilligt werden kann, wenn die Voraussetzungen der Förderung erfüllt sind.

Wir haben das Programm für die Eigentumsbildung der Zielgruppen des sozialen Wohnungsbaus sehr stark vereinfacht. Wir haben die Fördermodelle verringert und die Förderkonditionen verbessert, sodass das Eigentum auch bei den Zielgruppen des sozialen Wohnungsbaus boomt.

Ich werde aber zweierlei nicht tun, Herr Schulte. Da mögen Sie noch so schreien. Ich werde erstens nicht zulassen, dass es zu einer Überförderung kommt, dass also das Eigentum, das bereits über die Eigenheimzulage sehr stark gefördert wird, im Rahmen der sozialen Eigentumsförderung eine derart hohe staatliche Unterstützung bekommt, dass man von einer Überförderung sprechen müsste.

- (C) **Vizepräsident Jan Söffing:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schemmer?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja natürlich.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister, Sie sprachen davon, dass Sie die Eigentumsförderung in den letzten fünf Jahren kontinuierlich verbessert hätten. Wie kann es denn sein, dass im Jahre 1995 noch weit über 9.000 Eigentumsmaßnahmen gefördert worden sind und im letzten Jahr rund 7.000? Ist das eine Frage der Mathematik, wie Sie das bewerten, oder woran liegt das?

- (D) **Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport:** Herr Schemmer, Sie wissen doch ganz genau - das hat Herr Schulte ja auch angesprochen -, dass leider Gottes über 3.000 Anträge, die bewilligungsreif waren und die Konditionen erfüllt haben, von den Bewilligungsbehörden bis zum Jahresende 2000 nicht bewilligt worden sind. Dadurch sind 3.000 Anträge in dieses Jahr hinübergerutscht. Aber das ändert doch nichts daran, dass die Konditionen vereinfacht und verbessert wurden und dass wir den Anteil des Eigentums am gesamten Sozialwohnungsbauprogramm kontinuierlich erhöht haben.

Ich werde also weder überfordern noch werde ich das tun, was Sie, Herr Schulte, offenbar wollen, nämlich zum Risikospiegel einladen. Man darf nicht solche Familien ins Eigentum treiben, die dazu von ihrer Einkommenssituation her nicht in der Lage sind

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und die hinterher bei den Zwangsversteigerungen zu büßen haben. Deswegen lege ich großen Wert darauf, dass es einen ausreichenden Rückbehalt gibt, der sicherstellt, dass die Familien trotz der Raten zurechtkommen.

Die Städtebauförderung ist zu einem immer bedeutenderen Instrument der Politik dieser Landesregierung geworden, und ich will, weil wir

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Schwerpunkte bilden und Prioritäten setzen müssen, einige wichtige Schwerpunkte nennen.

Herr Rommelspacher hat auch schon auf einige hingewiesen, was den Bahnflächenpool und die Entwicklung von Bahnhofsstandorten überhaupt angeht.

Wir werden in diesem Jahr unsere Anstrengungen vor allem darauf richten, dass die Kommunen durch die Städtebauförderung unterstützt werden, ihre Innenstädte in Ordnung zu bringen. Denn diese Innenstädte liegen unseren Bürgern und Bürgerinnen am Herzen. Darum müssen die Städte und Gemeinden in diesen Innenstädten handlungsfähig bleiben. Sie müssen zum einen in wichtige Projekte in diesen Innenstädten investieren können. Sie müssen zum anderen aber auch neue Kooperationen eingehen mit dem Handel und den freien Berufen, mit dem Handwerk und den Grundbesitzern, kurz: mit allen, die sich für die Innenstadt verantwortlich fühlen.

Das Land wird die Gemeinden mit rund 200 Millionen DM für innenstadtstärkende Maßnahmen unterstützen. Dazu kommt die Software für die Innenstädte, Hilfen für Stadtmarketing oder einzigartige Aktionen wie "Ab in die Mitte", die City-Initiative Nordrhein-Westfalen, die die ganz großen Händler und den Innenstadthandel mit der örtlichen Wirtschaft zusammengebracht haben. Diese Aktionen werden wir fortsetzen.

(B)

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, dass die Städtebauförderung ein ganz wichtiges Instrument der Strukturförderung in unserem Lande geworden ist. Hier geht es darum, etwa die wirtschaftsnahe Infrastruktur auszubauen, Gewerbegebiete zu erschließen, Kombinationen mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu realisieren.

Ein bedeutendes Instrument ist der Grundstockfonds, auf den ich aus Zeitgründen nicht weiter eingehen kann. Ich danke aber der Koalition ausdrücklich, dass hier eine Erhöhung um 11 Millionen DM vorgeschlagen wird, und hoffe, das wird auch so beschlossen.

Herr Präsident, lassen Sie mich abschließend noch kurz etwas zu den Wohnungsverkäufen der LEG in Hamm sagen. Meine Damen und Herren, die Landesentwicklungsgesellschaft ist nach wie vor ein wichtiges Instrument des Landes im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, des Wohnungsbaus insgesamt. Die LEG hat 100.000

Wohneinheiten in ihrer Verwaltung. Sie ist natürlich, wie jedes andere Wohnungsunternehmen auch, zum Handeln nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgefordert. Von daher ist sie gezwungen, von Zeit zu Zeit ihren Wohnungsbestand zu arrondieren und bestimmte Wohnungen zu verkaufen. Der Verkauf von Wohneinheiten hat jedenfalls nichts damit zu tun, dass man dadurch die soziale Verantwortung vernachlässigen würde, denn Sie kennen genau den Satz: Kauf bricht nicht Miete. Die sozialen Verpflichtungen bleiben selbstverständlich bei einem Eigentümerwechsel bestehen.

Natürlich ist in Hamm einiges schlecht gelaufen, weil der Käufer dieser Wohneinheiten offenbar - wie sich aber erst im Nachhinein herausstellte - wirtschaftlich nicht potent genug war bzw. seine Modernisierungsverpflichtungen vernachlässigt hat. Wir sind im Gespräch sowohl mit dem Käufer als auch mit den Gläubigerbanken und der Stadt Hamm und hoffen, dass wir eine Lösung im Interesse der Mieterinnen und Mieter erreichen können. Wir stehen jedenfalls bereit, eine Modernisierung der Wohnungsbestände in Hamm zu fördern, egal, unter welchem Eigentümer. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Zu dem Teilbereich Städtebau und Wohnen liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen jetzt zu dem Teilbereich

b) Kultur

Zunächst hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Blömer das Wort.

Richard Blömer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beschäftigung mit der Kultur bringt normalerweise Freude, bringt Lust. Wenn ich mir aber die Situation in Nordrhein-Westfalen ansehe, dann will ich sie mit dem wolkenverhangenen Himmel über uns vergleichen. Es könnte alles viel schöner sein.

(Heiterkeit des Ewald Groth [GRÜNE])

(Richard Blömer [CDU])

- (A) So kann man sagen: Nichts Neues unter der Sonne. Das ist das, was die Landeskulturpolitik zurzeit bietet.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Es kommt darauf an, von welcher Sonne man spricht!)

- Natürlich. Zurzeit ist der Himmel wolkenverhangen. Ganz offensichtlich nimmt die Landesregierung die Probleme der Kultur vor Ort bewusst nicht wahr und gibt die schlichte Parole aus: Weiter so. Währenddessen wird Schauspielern und Sängern gekündigt, werden Spielpläne zusammengestrichen, Abonnenten bekommen wegen ausgefallener Vorstellungen ihr Geld zurück. Die finanzielle Situation an den Theatern und Opern in den Kommunen unseres Landes ist katastrophal und die Stimmung ist miserabel.

Nach Angaben des Deutschen Bühnenvereins mussten die Theater und Orchester in den letzten fünf Jahren 6.000 Arbeitsplätze abbauen und mit dem Bühnenverein ist zu befürchten, dass weitere Einsparungen durch Personalabbau auf Kosten der künstlerischen Qualität gehen.

Damit nicht auf Dauer die Basis der Kulturpolitik in unseren Kommunen verloren geht, muss das Land endlich seiner Aufgabe gerecht werden, dafür zu sorgen, dass die kommunalen Budgets nicht weiter gekürzt werden und Geld für Theater und Orchester in einer Höhe zur Verfügung gestellt wird, die ausreicht, um unser auf der ganzen Welt einmaliges Theatersystem lebendig zu erhalten.

(B)

Meine Damen und Herren, Landeskulturpolitik ist nach wie vor in erster Linie kommunale Kulturförderung. Es ist Aufgabe des Landes, dafür zu sorgen, dass die Kommunen ihre Aufgaben auf kulturpolitischem Feld sinnvoll durchführen können.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wie?)

Kultur liegt gerade in unserem Land aus historischen Gründen ganz wesentlich in der Verantwortung der Kommunen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Eben!)

Diese aber stehen mit ihren Etats, Herr Ministerpräsident, durchweg unter Konsolidierungsdruck. Ich habe hier immer gesagt: Deshalb hat das Land eine Signalfunktion. Das Land muss gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge tragen, dass brei-

te Kulturangebote erhalten bleiben, und dafür muss man entsprechende Maßnahmen ergreifen. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass das Land doch eine eigene Landeskulturpolitik formulieren und durchsetzen möchte und nach Gutsherrenart beurteilt, was politisch geboten oder möglicherweise nicht opportun ist.

(C)

Nun will ich gar nicht auf die Rolle der Stiftungen eingehen. Die Stiftungen sind wunderbare Einrichtungen, die natürlich auch dazu dienen, die Aktivitäten von Kultur in den Kommunen zu unterstützen.

Aber ich will doch noch mal auf die so genannte regionale Kulturförderung zurückkommen, eine Maßnahme, mit der die Landesregierung, das Kulturministerium, Einfluss bis hin zur kleinsten Kommune und in die entferntesten Winkel unseres Landes nicht nur nehmen kann, sondern nimmt. Das Unverständnis - ich habe darüber schon im Kulturausschuss gesprochen - über willkürliche Förderentscheidungen in der regionalen Kulturförderung nimmt zu. Sie, Herr Minister, sollten die Kritik, die hier geübt wird, ernst nehmen.

Ich will dies an einem Beispiel deutlich machen. Ich zitiere:

"Ernste Gesichter, betretene Stimmung und offener Frust am Freitag im Rathaus Finnentrop. Wir wollen keine Bloßstellung, aber erwarten eine lückenlose Aufklärung. Dies fordert Katharina Sieler, erste Vorsitzende der Kulturgemeinde Finnentrop. Nach acht Monaten harter Arbeit, einer guten Portion Idealismus und viel Motivation platzt der Traum einer regionübergreifenden Zusammenarbeit von Künstlern, Kulturförderern und Veranstaltern wie eine Seifenblase. Die öffentliche Förderung des Projektes 'Südwestfalen Kunstqualität' wird nach Ansicht der Projektleiter in einem zweifelhaften Verfahren ohne ausreichende Begründung von der Landesregierung in Düsseldorf abgeschmettert. Die unerwartete Konkurrenz, ein regionales Projekt aus Siegen-Wittgenstein, bekam stattdessen den Zuschlag."

(D)

Dies sind keine Einzelfälle, sondern kennzeichnen symptomatisch die Situation der regionalen Kulturförderung. Deshalb ist es dringend geboten, über die Fördermaßnahmen, auch über die Kriterien der regionalen Kulturförderung nachzudenken.

(Richard Blömer [CDU])

- (A) Herr Minister Vesper, in diesem Zusammenhang kann sich die CDU-Fraktion nur schwer Ihrer Auffassung anschließen, dass die Städte und Gemeinden unseres Landes für die Grundversorgung da seien, das Land hingegen für die Finanzierung der freien Spitzen.

In der aktuellen Lage, in der sich das Land beispielsweise durch die Befrachtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes auf Kosten der Kommunen bereichert, birgt diese Vorstellung ein erhebliches Risiko. Es treibt die Kommunen unseres Landes geradezu in die Richtung, die kulturelle Grundversorgung dem Rotstift der Kämmerer auszusetzen.

Herr Minister Vesper, wir haben es sehr begrüßt, dass Sie persönlich im Kulturausschuss angeboten haben, eine große Kulturfraktion zu bilden. Dieses Ziel verfolgen wir mit Ihnen auch weiterhin. Zwar haben wir Sie beim Wort genommen, aber in Einzelfällen doch feststellen müssen, dass Ihre Aussagen nicht immer so ganz ernst gemeint waren. Sehr enttäuscht - das haben wir Ihnen auch gesagt - waren wir darüber, dass Sie die Organisation einer Ruhr-Triennale planen, ein Projekt, bei dem es immerhin um 120 Millionen DM ging, ohne die Oppositionsfraktionen zu beteiligen. Dem Ganzen haben Sie dann die Krone aufgesetzt, indem Sie die Presse noch vor dem Ausschuss über Ihre Planungen unterrichtet haben.

(B)

(Beifall der Brigitte Capune-Kitka [F.D.P.])

- Danke schön.

Auch die zunehmend stiefmütterliche Behandlung der Kultursekretariate ist uns unverständlich. Der Eindruck drängt sich auf, dass unbequeme Kritiker mundtot gemacht werden sollen und mit dem Entzug von Fördermitteln bedroht werden.

Auch die Art und Weise, in der Sie das Tanzfestival in Nordrhein-Westfalen behandelt haben, war eine Zumutung. Damit haben Sie das Vertrauen der Kulturschaffenden und der betroffenen Städte in die Landesregierung ganz erheblich erschüttert. An der Stelle muss nachgearbeitet werden.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das stimmt doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, Andreas Rossmann hat in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" die Kul-

turpolitik der Landesregierung folgendermaßen beschrieben. Ich darf zitieren: (C)

"Clement scheint von allen Länderchefs derjenige zu sein, der mit den Künsten am Wenigsten am Hut hat, und er lässt kaum eine Gelegenheit aus, diesen Eindruck zu verfestigen. Kultur, so bestätigt er einmal mehr, vermag er nie als Wert an sich zu begreifen."

Nein, Herr Clement versteht Kulturpolitik in erster Linie als Instrumentalisierung im Rahmen von Wirtschaftsförderung. Das ist ein Teil von Kulturpolitik; aber, wie gesagt, auch nur ein Teil.

Sie selbst haben einige kritische Anmerkungen gemacht und beispielsweise das Geflecht an kulturellen Körperschaften mit einem Dschungel verglichen, in dem manches nebeneinander her arbeitet, was miteinander könnte. Herr Minister, diese Einschätzung Ihrerseits war bestimmt richtig. Dann frage ich Sie allerdings auch, weshalb Sie diesen Dschungel etwa im Bereich des Ruhrgebiets nicht gelichtet haben. Dort gibt es für Zwecke der Kulturförderung die Kultur Ruhr GmbH, den Kommunalverband Ruhr, den Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Nicht genug damit haben Sie sich dann auch noch veranlasst gesehen, gegen den von Ruhrgebietskommunen eindeutig geäußerten Willen eine Projekt Ruhr GmbH aus der Taufe zu heben, die den anderen kommunal verfassten Institutionen das Wasser abgraben und den Einfluss des Landes bis hinein in die Kommunen sicherstellen soll. (D)

Diese Art Kulturförderung halten wir für falsch. Sie sollten dafür Sorge tragen, dass die Basisförderung in den Kommunen unterstützt und gesichert wird, statt ständig neue Organisationen zu schaffen, die im Übrigen ohnehin nur dazu dienen, irgendwelche Leute mit Posten zu versehen. Wenn ich das richtig sehe, betrifft das auch die Projekt Ruhr GmbH.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber Gedanken machen, inwieweit wir auch die regionale Kulturförderung anders organisieren können. Es geht wirklich darum, unterhalb der Landschaftsverbände regionale Kulturförderung auch unter Beteiligung der Betroffenen auf eine andere Ebene zu heben. Zurzeit geschieht nichts unter Beteiligung der Betroffenen, seien es die Kommunalpolitiker oder die Kulturschaffenden. Vielmehr regelt das Ministerium die regionale Kulturförderung. An der Stelle sollten wir einmal über

(Richard Blömer [CDU])

- (A) die Grenzen unseres Landes schauen, z. B. nach Sachsen, wo mit dem Instrument des Kulturräummodells ein eigenständiges Instrument geschaffen worden ist, mit dem die Pflege und Förderung von Kultur sowie die Solidarität der Kommunen und die Solidarität von Land und Kommunen in wirkungsvoller Weise zusammengeführt werden.

Die wesentliche finanzielle und strukturelle Kompetenz verbleibt bei den Gemeinden und Landkreisen, auch wenn kulturpolitische Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Auf dieser Basis tragen die Kulturräume solidarische Verantwortung für jene kulturellen Institutionen und Projekte, die über die Bedeutung einer Kommune oder eines engen lokalen Bereichs hinausgehen. Das gilt insbesondere für solche kulturellen Angebote, die für das Selbstverständnis der Region von Bedeutung sind und auf den gesamten Kulturräum ausstrahlen.

Im Gegensatz zu Ihrer regionalen Kulturförderung ist die Selbstverwaltungshoheit der Kulturräume und der ihnen angehörenden Kommunen ein tragendes Prinzip dieses Konsensmodells. Die Kulturräume entscheiden selbst darüber, welche Kultureinrichtungen sie fördern und unter welchen Bedingungen das geschehen soll. Dabei stützen sie sich auf Empfehlungen der Kulturbeiräte als beratende Organe mit sachverständigen Mitgliedern. So gelangen sie zu Förderentscheidungen, die im Gegensatz zu den derzeit geförderten Projekten im Rahmen der regionalen Kulturförderung eine ungewöhnlich breite Basis haben. Das würde Konflikte, wie wir sie eben besprochen haben, über ein solches Modell vermeiden helfen.

- (B)

Damit ist - anders als im Moment - eine Mittelverteilung gewährleistet, die von einer breiten, demokratischen Basis unterstützt wird. Tragendes Element ist die zwischen den Beteiligten stattfindende, vertrauensvolle Kommunikation. Dieses Modell eröffnet den Weg weg von der Verwaltung als klassisches Über- und Unterordnungsverhältnis hin zur Dienstleistung im Sinne eines modernen Kulturmanagements. Wir würden uns freuen, wenn wir über diesen Vorschlag einmal in einen konstruktiven Dialog eintreten könnten. Gleichzeitig hoffen wir, dass aus den Fehlern und Versäumnissen der vergangenen Monate Lehren und Konsequenzen gezogen werden. Bei diesem

Prozess - und nicht nur da - würden wir Sie gerne unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Blömer. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort Herr Kollege Böcker.

Manfred Böcker (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Blömer, welch düsteres Bild zeichnen Sie hier heute eigentlich von der Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei der SPD - Richard Blömer [CDU]: Das ist so!)

- Das ist nicht so, denn dieses Land blüht und ist in seiner kulturellen Vielfalt einzigartig in Deutschland. Das war in den letzten Jahren so, und das wird auch so bleiben.

In der Tat verwechseln Sie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in der Kulturpolitik. Wir haben im Kulturausschuss oft genug darüber diskutiert, wer in diesem Land wofür eigentlich zuständig ist und Verantwortung trägt. Die Kulturpolitik wird natürlich im Wesentlichen von den Kommunen getragen. Damit liegt aber auch ein Stück Verantwortung auf kommunaler Ebene. Das soll so bleiben.

(D)

Zu Beginn meiner Rede möchte ich etwas Versöhnliches sagen. Wenn nämlich etwas gut gelaufen ist, dann sollte man das laut sagen: Die Haushaltsberatungen im Kulturbereich des Einzelplans 14 gehören dazu. Sie sind in der Tat gut gelaufen. Den Konsens mit der Regierung herzustellen ist uns immer gelungen, aber dies waren die ersten Haushaltsberatungen seit ich Sprecher für Kulturpolitik der SPD bin, an denen die Opposition konstruktiv mitgearbeitet hat.

Frau Capune-Kitka, Herr Blömer, wir streiten oft in der Sache, wo es notwendig ist. Aber Sie ziehen auch bei uns mit, wenn Sie in der Sache überzeugt sind. Das waren Sie von unseren Änderungsanträgen im Ausschuss. Deshalb sind sie alle am 7. März im Ausschuss für Kulturpolitik in guter, entspannter Atmosphäre einstimmig beschlossen worden. Das ist gut so und bringt die

(Manfred Böcker [SPD])

- (A) Kultur ein Stück weiter nach vorne. Ich sage das, weil in diesen Tagen so viel über politische Kultur und schlechten politischen Stil in Deutschland geredet wird. Dies ist ein positives Beispiel. Dafür danke ich Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt komme ich zu den einzelnen Anträgen.

Wir haben auf die Situation bei den Staatlichen Archiven in Nordrhein-Westfalen reagiert und die Mittel für Aushilfspersonal um 200.000 DM erhöht. Dies war dringend notwendig und ist das gemeinsame Werk der Regierungskoalition. In ganz verstärktem Ausmaß werden nämlich die Archive bei Nachweisen für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter zurzeit in Anspruch genommen. Wir wollen aus humanen und politischen Gründen einen Baustein dafür liefern, dass diese Menschen den Nachweis erbringen können, um für das ihnen in der Vergangenheit angetane Unrecht zumindest eine kleine Entschädigung zu erhalten.

Zu den herausragenden kulturpolitischen Aktivitäten des Landes in diesem Jahr gehört sicherlich die Förderung der Laienmusik. Wir haben bereits 5 Millionen DM mit dem kürzlich verabschiedeten Nachtragshaushalt bereitgestellt. Wir streben eine Verstetigung dieser Mittel für diesen Bereich aus den Einnahmen der Oddset-Wette an. Damit werden wir den Chören und vielen anderen musikalischen Gruppen im Bereich der Laienmusik helfen, sich zu qualifizieren und gezielt Nachwuchsförderung zu betreiben. Kein anderes Bundesland fördert die Laienmusik so wie Nordrhein-Westfalen. Wir machen Nordrhein-Westfalen zum Musikland Nummer 1. Der Landesmusikrat drückte es in einer Stellungnahme so aus:

"Dies ist ein Glücksfall für die Musik in NRW."

Dem Landesmusikrat möchte ich an dieser Stelle danken für kooperative Zusammenarbeit und ihm eine glückliche Hand beim Einsatz dieser Mittel wünschen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Aktivitäten der Landesregierung zum Thema Ruhrkultur. Herr Blömer, Sie haben das ein wenig kritisch angemerkt, aber ich sage Ihnen: Keine Sorge; wir bleiben bei dem Slogan "Fördern, was es schwer hat". Wir bleiben diesem Slogan treu. Aber Landesaufgabe ist es auch, Avantgarde zu sein,

Kultur-Highlights zu entwickeln und zu finanzieren.

(Minister Dr. Michael Vesper: Sehr gut!)

Nichts anderes versucht unser Minister Vesper, der hierfür die Verantwortung trägt und dieses Projekt vorantreiben wird. Wir werden ihn darin unterstützen. Wir haben keine Angst vor der Kulturhauptstadt Berlin, sondern wir stellen uns selbstbewusst einem Vergleich mit anderen Bundesländern. Qualität und internationales Niveau müssen unsere Messlatten in Zukunft sein.

Ferner haben wir auf erhöhte Personalkosten bei den fünf Literaturbüros reagiert. Wir erhöhen dort um 50.000 DM. Bei den kommunalen Orchestern erhöhen um 100.000 DM. Zugegeben: Das sind bescheidene Beträge. Aber dieses ist nötig und wird dieser Sparte weiterhelfen.

Leider muss ich allerdings auch eine kritische Anmerkung machen. Das betrifft das Haus Langenbroich. Es dient als Begegnungsstätte für verfolgte Literaten aus aller Welt. Vor kurzem hat die Kommune - nun CDU-regiert - die Zuschüsse derart gestrichen, dass eine Gefährdung der Existenz des Hauses zu befürchten stand. Als die Koalition davon erfahren hat, wie bedroht das Projekt war, haben wir mit einer Erhöhung des Baransatzes um 42.000 DM reagiert und versuchen, dieses zu korrigieren.

(Beifall der Brigitte Herrmann [GRÜNE])

Herr Blömer, ich wäre ein bisschen vorsichtiger, ständig so zu tun, als wenn die Landeskulturpolitik den Kommunen nichts Gutes wolle, und nur die Kommunen so darzustellen, als wären sie ein Hort der Kulturpolitik. Da gibt es auch viele andere Beispiele, wie Sie gerade gesehen haben.

Ein weiterer Antrag dient der Barerhöhung im Theaterbereich. Damit soll verstärkt die Förderung von Kinder- und Jugendtheatern erfolgen. Es steht eine zusätzliche Summe von 300.000 DM bereit. Über den wertvollen pädagogischen Beitrag, der oftmals von den Kinder- und Jugendtheatern geleistet wird, sind wir uns sicherlich parteiübergreifend einig.

Zuletzt sei die Aufstockung des Baransatzes für die Soziokultur, für die individuelle Künstlerförderung, Autorenresidenzen und die internationale Kulturarbeit um insgesamt 1 Million DM genannt. Gerade der letztgenannte Bereich ist von Minister-

(C)

(D)

(Manfred Böcker [SPD])

- (A) präsident Clement in seiner Regierungserklärung herausgehoben worden.

Insgesamt haben wir damit den Kulturhaushalt um fast 1,7 Millionen DM erhöht. Das ist eine große Leistung angesichts der allgemeinen Haushaltsenge und wird den Minister freuen.

Nun will ich noch etwas zur regionalen Kulturpolitik sagen, weil Sie es auch kritisch angemerkt haben, Herr Blömer. Wir haben oft darüber gestritten. Aber wenn Sie nun um eine neue Diskussion in Richtung von mehr kommunaler Beteiligung in dieser Frage bitten, kann ich das gar nicht verstehen. In Ostwestfalen-Lippe ist es derzeit so, dass die CDU dabei ist, die kommunale Beteiligung, die wir in diesem Bereich hatten, abzuschaffen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das ist eine ganz andere Situation. Darüber müssten Sie vielleicht noch einmal mit Ihren Parteifreunden reden.

Zum Schluss möchte ich noch einmal für die erfolgreichen Beratungen und die Beschlüsse allen danken, die daran mitgewirkt haben. Insbesondere möchte ich mich bei meinem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen in Person von Oliver Keymis herzlich bedanken für die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit. Sie hat ja ihre Früchte getragen. Wir haben im Sinne der Kooperation und nicht der Konfrontation gearbeitet. Damit sind wir auf einem guten Weg.

(B)

Was sagte die Schulministerin gestern in der Regierungserklärung zum Thema Bildung? Ich zitiere:

"Bildung ist der Schlüssel, der die Tore in die Zukunft öffnet, für den Einzelnen und die ganze Gesellschaft."

Ich füge hinzu: Bildung und Kultur ist der Schlüssel, der die Tore in die Zukunft öffnet, für den Einzelnen und die ganze Gesellschaft. In diesem Sinne bitte ich das Plenum um Zustimmung zu den im Kulturausschuss beschlossenen Anträgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Böcker. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Capune-Kitka.

Brigitte Capune-Kitka (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie schon alle immer gesagt haben: Eigentlich müssten wir uns freuen, weil doch alles so blendend ist und alles so toll aussieht und in der Kultur gar nicht gespart, sondern zugelegt worden ist. Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Böcker. Eigentlich müssten wir uns freuen. Aber für mich ist eben - das können Sie sich vorstellen - nicht alles Gold, was glänzt.

(C)

Bei all den vollmundigen Ankündigungen unseres Ministerpräsidenten, der leider nicht mehr bei uns weilt, dass das Kulturland Nordrhein-Westfalen im Vordergrund steht, scheint sich diese Forderung und Einschätzung auf die Planung der verheißungsvollen Ruhr-Triennale zu reduzieren. Nicht, dass wir etwas gegen die Ruhr-Triennale haben, meine Damen und Herren. Aber anlässlich dieser Haushaltsdebatten fragen wir uns natürlich: Wie soll dieses Megaereignis in den nächsten Jahren überhaupt finanziert werden? Der Ministerpräsident antwortete mir darauf - und das fand ich ziemlich platt und frech -: Natürlich mit Steuergeldern!

Da aber auch Herr Clement - das unterscheidet ihn nicht vom Normalverbraucher - jede Mark nur einmal ausgeben kann und auch eine Million nur einmal ausgeben kann - oder sollte er irgendwo noch eine Maschine haben, die Geld druckt? -, wird das ganz immense Auswirkungen auf die Haushalte haben und uns spätestens ab November beschäftigen. Damit wird bei mir immer mehr der Anschein erweckt, Herr Vesper und auch Herr Clement, dass Künstler für Sie eigentlich Ihre neuen Hofnarren sind, Hofnarren, mit denen man sich gern schmückt.

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper: Herr Mortier - ein Hofnarr?)

Es geht Ihnen doch gar nicht so sehr um die Kultur, sondern viel mehr um Auftritte, um rote Teppiche, um Events, auch wenn Sie den Ausdruck nicht mögen;

(Beifall bei der F.D.P.)

wir haben uns ja schon einmal darüber unterhalten. Das bedrückt uns Liberale und auch viele Tausende von Kulturschaffenden und - was viel wichtiger ist - die Mehrheit der Kommunen. Denn die Kommunen sind die Träger der Kultureinrichtungen. Neben der Frage nach der jetzt bestehenden Kulturlandschaft und Festival-Landschaft

(Brigitte Capune-Kitka [F.D.P.])

- (A) Ruhrgebiet befürchten wir auf die Dauer einen Kahlschlag in den Gemeinden, die von der Haushaltskonsolidierung gestraft sind, und das sind mittlerweile über 50 %.

Übrigens, Herr Böcker: Haus Langenbroich ist genau ein Opfer dieser Konsolidierung. Die Stadt hat seit zwei Jahren keinen genehmigten Haushalt, und dann kann sie nicht freiwillig 20.000 DM in ein Haus hineinstecken. Das ist nämlich absolut freiwillig und wird nicht genehmigt. Genau da sind wir an dem Punkt, über den Sie eben gesprochen haben. Und das ist nicht deshalb so, weil es eine CDU-Gemeinde ist. Wir hatten davor 15 Jahre die SPD. Wir liegen 40 Millionen DM zu hoch, die wir in den nächsten Jahren abbauen müssen. Das geht jetzt nur noch mit Verkauf und vielem anderen, was dann wieder Gebührenerhöhungen zur Folge hat, die der Bürger trägt.

Kurz und gut: Die Pflichtaufgaben können nicht reduziert werden, die von Land und Bund den Gemeinden übertragen worden sind. Wie immer steht dann der Sport und nachher die Kultur zur Disposition. Das trifft dann letztlich auch den Bürger. Hinzu kommen noch steigende Energie- und Personalkosten. Da helfen nicht hier einmal

- (B) 100.000 DM und da 50.000 DM für alle Gemeinden. Denn das sind nicht einmal mehr Peanuts.

Darüber hinaus hat in diesen Gemeinden eine ganz gefährliche Diskussion angefangen: Was soll uns Kultur in Zukunft überhaupt wert sein, was können wir uns leisten, welche Schwerpunkte können wir überhaupt noch verkraften? Das ist der Tod der freien, kreativen, avantgardistischen Kultur, die sich nicht auf dem Markt frei finanziert, sondern die getragen werden muss und die Fürsorge des Landes und auch der Gemeinden braucht.

Bei den Gemeinden denke ich an das Aachener Stadttheater, das mit 30 Millionen DM subventioniert wird und durchschnittlich 10.000 Besucher hat. Da geben wir die 30 Millionen DM doch irgendwo anders aus, im Straßenbau oder im Schulbau oder zur Unterhaltung irgendwelcher anderer Stätten! Oder wir machen ein schönes Operettenhaus daraus oder vielleicht ein Musical. Das ist auch gut für den Tourismus, gut für die Restaurants und Hotels. Was bedeutet das für die Stadt Aachen und für die Region? Im Umkreis von 50 Kilometern kein Theater mehr. Wo wollen die

- Jugendlichen hin, wo wollen die Senioren hin? (C) Und der Nachwuchs für unsere Theater und Events der Zukunft fehlt.

So können wir nicht weiter arbeiten. Da ist auch das Land gefordert, über die Gemeindefinanzierung viel mehr als bisher Kultur zu fördern.

Da muss ich wieder auf Sie zurückkommen: Fördern, was es schwer hat und was nachhaltig ist. Die Kultur im Land hat es schwer, nicht in Köln, nicht in Düsseldorf, auch nicht im Ruhrgebiet; da wird im Moment gepowert. Aber Nordrhein-Westfalen besteht nicht nur aus diesen drei Gebieten. Dazu gehört viel mehr, und da geht die Kultur vor die Hunde, die Kultur, die von den Gemeinden, die in der Konsolidierung stecken, geleistet werden muss.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte dazu noch sagen: Wir brauchen auch den Nachwuchs, wir brauchen ein Publikum, das Schwellenängste überwindet, das noch in die Theater geht. Wenn wir so weitermachen, werden wir dieses Publikum verlieren. Herr Vesper - er ist jetzt nicht da - scheint ja gern Events zu haben. Dann kommt ja auch die Presse, und der rote Teppich wird ausgerollt. Ich bin gern bereit, in langen Sitzungen hier ihm und Herrn Clement einen roten Teppich zu häkeln. Dann retten wir vielleicht auch einmal ein kleines Theater in einer kleinen Stadt oder retten ein kleines Orchester. - Danke.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Capune-Kitka. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe einiges von dem vernommen, was gerade vorgetragen worden ist. Ich will im Detail nicht darauf eingehen, weil ich das allgemeine Gejammer im Zusammenhang mit der Kulturpolitik für wenig hilfreich halte. Auch ich weiß, wie schwer es die Kultur überall hat. Deshalb glaube ich, dass wir auf diese Weise konstruktiv auch gar nicht weiterkommen.

Ich möchte gern ein paar grundlegende Aussagen zu diesem Thema machen. Das bietet sich auch

(Oliver Keymis [GRÜNE])

- (A) nach den vielen Fakten an, die Ihnen genannt worden sind. Kollege Böcker hat auf die wichtigsten Maßnahme im Haushalt bereits hingewiesen. Deshalb möchte ich mich auch auf andere Aspekte beschränken.

Der Kulturhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ist relativ klein. Wir geben im Jahr 2001 300 Millionen DM für Kultur aus. Das sind, wenn man das umrechnet, bei 18 Millionen Menschen etwa 16,67 DM pro Einwohner. Leider ist es nicht mehr. Wir arbeiten aber weiter daran, dass sich das bessert.

Den Löwenanteil - das ist hier mehrfach betont worden - geben die Kommunen für die Kultur aus. Sie unterhalten die Theater, die Konzerthäuser, die Bibliotheken und die Museen. Das macht sie reich. Um diesen Reichtum wird unser Land beneidet. Ganz Deutschland lebt nämlich auch von seinem guten Ruf als Land der Dichter und Denker.

Wie notwendig ist das? - Ohne Geist verroht der Mensch. Die derzeitige Debatte über "Patriotismus" und "Nationalstolz" - ich muss zugeben, dass mir diese Begriffe schwer über die Lippen gehen, ähnlich wie der unsägliche Begriff der "Leitkultur" aus dem vorigen Herbst - belegt diese These eindeutig und nachhaltig. Geistlos dröhnt es bekennerrisch aus verschiedensten Ecken, und dummdreiste Plakataktionen halten zumindest die druckenden Rotationsmaschinen in Gang, während kluge Nachdenklichkeit ins Stocken gerät.

(B)

(Beifall der Edith Müller [GRÜNE] - Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

Ich frage mich ernsthaft, Herr Hegemann: Befinden wir uns noch oder schon im 21. Jahrhundert? Wenn ich manche Beiträge in den letzten Tagen beachte, befallen mich da Zweifel. Wo bleibt da die politische Debattenkultur? Wollen wir wirklich auf diesem niedrigen Niveau miteinander politisch streiten, und wen soll solches Gebaren an die Wahlurnen locken?

Die NPD - wir hörten das heute Morgen schon - ruft zur Unterstützung einer inquisitorischen Plakataktion gegen einen Bundesminister in einem Bundesland auf, und die CDU ruft dagegen ihrerseits die Polizei zu Hilfe. "Torheit und Stolz wachsen auf einem Holz", sagt kein Geringerer als

der Volksmund. Dem ist fast nichts hinzuzufügen -

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

bis auf das: Der intellektuelle Gehalt dieser Debatten ist nicht erkennbar.

Erkennbar ist vielmehr, dass jene, die politisch nach langen 16 Jahren an der Macht diese an Rot-Grün abgeben mussten, diesen Wählerverweis auf die Oppositionsbänke offenbar noch nicht verkraftet haben und verständlicherweise in Ermangelung eigener Sachthemen nun Dominanzbegriffe diskutieren, um so irgendwie zu dominieren. Doch das hohlschwätzerische Gerede von "Leitkultur" und "Nationalstolz" erhöht niemanden, sondern es erniedrigt uns alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nicht gut für Deutschland. Ohne Geist verroht der Mensch.

Deutschland ist ein reiches, kulturell und politisch hoch entwickeltes Land. Niemand - auch niemand in diesem Hohen Hause - wird ernsthaft diese These des Theaterregisseurs und heutigen Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins, Jürgen Flimm, bestreiten, der auch gesagt hat, dass es die Kultur ist, die Selbstbewusstsein und nationale Identität stiftet, ohne die wir in Europa gar nicht miteinander leben könnten.

(D)

Deshalb ist es gut, dass die nordrhein-westfälischen Koalitionsparteien es vermocht haben, die Ausgaben für Kultur nicht nur zu halten, sondern - es freuen sich sicher alle mit uns ebenso wie die Künstler und die Kulturverantwortlichen - dass der Landeskulturhaushalt, der, wie ich noch einmal sage, immer noch viel zu klein ist, alles in allem um etwa 6 % gesteigert werden konnte. Ein Teil des Geldes fließt übrigens in das neue Ständehaus.

Besonders erfreulich sind aus meiner Sicht natürlich die gemeinsamen Entscheidungen zur Förderung der Breitenkultur - das wurde erwähnt - oder auch die weitere finanzielle Ertüchtigung der Stiftung Kunst und Kultur.

Erfreulich sind auch die grün-roten Kultursignale, die wir gemeinsam im Kulturausschuss beschlossen haben. 300.000 DM gehen mehr in den Projektmitteltopf der rund 65 soziokulturellen Zen-

(Oliver Keymis [GRÜNE])

- (A) tren in unserem Land. Das ist eine glatte Verdoppelung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

50.000 DM gibt es mehr für die Literaturbüros - das wurde gesagt -, und auch das Haus Langenbroich - ich freue mich sehr darüber - wird vom Land unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

200.000 DM gibt es für die internationale Kulturarbeit. 300.000 DM mehr werden für die verstärkte Förderung des Kinder- und Jugendtheaters eingesetzt, was ein ganz wesentlicher Aspekt ist und auch ein künftiger Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode. 500.000 DM gibt es zusätzlich noch für Autorenresidenzen, individuelle Künstlerförderung und neue Medienkunst.

Das sind alles keine riesigen Beträge. Ich wäre, Frau Kollegin Capune-Kitka, aber vorsichtig, immer nur von Peanuts zu reden. Erstens ist dieser Begriff unheimlich abgenutzt und zweitens ist es eine Anstrengung in relativ schwierigen Zeiten. In einer solchen Zeit bei der Kultur Erhöhungen vorzunehmen, kommt der Kultur und denen, die damit arbeiten, zugute.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen freuen uns also, dass wir mit Minister Dr. Michael Vesper Verantwortung für die Kultur tragen. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner der Kultur insgesamt deutlich mehr Gewicht gegeben haben.

Noch ein Wort zur Kulturoffensive im Rhein-Ruhr-Industrieraum, für die mit Gerard Mortier ein Intendant gewonnen werden konnte, dessen Ruf unbestritten ist. Das wird das Gewicht, das wir der Kulturpolitik geben wollen, noch einmal deutlich steigern. Ich bin sicher, dass dies dieses Land insgesamt in kultureller Hinsicht aktivieren wird. Dies wird besonders dann gelingen, wenn das bereits vorhandene Potenzial an Kulturmenschen und Kunstmöglichkeiten in unserem Land breit eingebunden an diesen Entwicklungen beteiligt wird, die künftige Kulturhaushalte unseres Landes, wie es bereits politisch besprochen ist, zusätzlich ermöglichen sollen.

Mich hat etwas ganz anderes verwundert, nämlich dass vonseiten der Opposition zum Kulturhaushalt nicht ein einziger Änderungsantrag gestellt worden ist. Sind keinerlei Wünsche mehr

offen? Merkwürdig, jetzt muss ich auch noch die Oppositionsrolle spielen. Selbstverständlich reicht mir - der Minister hört mir zu -, wie ich es schon erwähnte, der Kulturetat hinten und vorn nicht aus. Wir wollen noch mehr für die Vernetzung von Schule und Kultur tun. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen diese Begegnungsmöglichkeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ohne Geist verroht der Mensch.

Wir wollen noch mehr für Frauenkultur und die Kultur unserer Migrantinnen tun. Denn nur wenn uns die eigene kulturelle Identität nicht fremd ist, entsteht die lebenswichtige Neugier auf Kunst und Kultur der Fremden, die wir zu Freunden haben wollen.

Wir wissen, wie wichtig Kunst und Kultur auch für das friedvolle Miteinander der Menschen sind. Wir werden uns beharrlich dieser kulturpolitischen Verantwortung stellen.

August Everding, Regisseur und langjähriger Präsident des Deutschen Bühnenvereins, hat es übrigens als lebenslang engagierter Streiter für die Kultur auch im Rahmen der Kulturpolitik, losgelöst von aller parteipolitischen Farbenlehre auf den Punkt gebracht: "Kultur ist Schwarzbrot - und das muss man kauen lernen."

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war rührend anzusehen, wie sich Herr Blömer abmühte, ein paar kritische Töne hereinzubringen, weil man das als Opposition ja muss.

In Wahrheit funktioniert das, was ich hier anlässlich der Regierungserklärung gesagt habe: Wir brauchen eine Kulturfraktion, nämlich Menschen in allen Fraktionen, denen die Kultur wichtig ist, die sich dafür interessieren und die wissen, dass

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Kultur mehr als ein reiner Standortfaktor ist. Insofern, Herr Blömer, habe ich Ihre kritischen Bemerkungen durchaus mit einigem Amüsement gehört.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Fakt ist: Wir machen eine außerordentlich erfolgreiche Landeskulturpolitik. Dass es eine Landeskulturpolitik geben darf, ja geben muss, ist mittlerweile unbestritten und anerkannt. Auch Herr Schmidt vom Kultursekretariat oder die Städte und Gemeinden bestreiten das nicht. Sie erdrückt auch nicht das Engagement in den Kommunen, sondern im Gegenteil, sie unterstützt und ergänzt es. Da ist es sinnvoll, sich einer gewissen Arbeitsteilung zu befleißigen. Das ist richtig. Nicht das Land ist dafür zuständig, dass flächendeckend Bibliotheken und andere Kultureinrichtungen existieren. Bei unserem Finanzierungssystem über die Gemeindefinanzierung ist das, glaube ich, klar. Und auch die Städte und Gemeinden sollten die Möglichkeit haben, selbst größere Ereignisse und Highlights zu organisieren.

Ich glaube, es ist falsch, meine Damen und Herren, die Breite und die Spitze in diesem Bereich in der Diskussion gegeneinander zu stellen. Beides bedingt einander. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Deswegen sollten wir auch hier im Landtag keine Missverständnisse aufkommen lassen und so tun, als sei das eine wichtiger als das andere. Eine Breite erhält sich nur, wenn auch Spitzenereignisse stattfinden, und die Spitze kann nur auf der Grundlage eines soliden Fundaments funktionieren. Daher brauchen wir beides.

- (B) Meine Damen und Herren! Herr Blömer, Sie haben die Triennale angesprochen und eingefordert, dass ein Ereignis von dieser Größenordnung mit der Opposition zusammen umgesetzt werden muss. Da stimme ich Ihnen zu, das machen wir ja. Wir gründen die Kultur-Ruhr GmbH mit dem KVR um, der im Moment hauptsächlich von Ihren Parteifreunden bestimmt wird. Ich glaube, Ihre damals reflexhaft gemachten Anti-Äußerungen zur Triennale haben Sie weniger als Abgeordneter der Opposition getan denn als Kölner. Und wenn Sie in einer ersten Reaktion glaubten, dass das Land deswegen nur 37 Millionen DM - das ist ein großer Batzen - statt 60 oder noch mehr Millionen DM für das Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln zur Verfügung stellen wolle, weil das Geld für die Triennale gebraucht würde und dort fehle, dann

würde das - wenn ich es ernst nähme - eine erschreckende Unkenntnis der Mechanismen im Kulturhaushalt zeigen. Da ich aber weiß, dass Sie da ein alter Hase sind, muss man Ihnen unterstellen, dass Sie als Kölner ein bisschen getrommelt haben, um das kölsche Selbstbewusstsein hochzuhalten. Mit sachlicher Kulturpolitik hatte das aber nichts zu tun.

(Zuruf von der CDU - Sylvia Löhrmann
[GRÜNE]: Gut, dass Sie es gemerkt haben!)

- Natürlich haben wir das gemerkt.

Es ist auch falsch, wenn Sie sagen, wir würden das Kultursekretariat schlechter ausstatten und es als unbequemen Kritiker hinstellen. Wir arbeiten mit beiden Kultursekretariaten gut zusammen. Wir haben die Mittel in diesem Haushalt überrollt. Sie wissen ganz genau, dass in einer Diskussion mit dem Kultursekretariat Wuppertal die Idee geboren wurde, einen Fonds für ein neues Musiktheater im Umfang von 2 Millionen DM zu gründen. Dabei habe ich gesagt: Wir besorgen eine Million und das Kultursekretariat die zweite. Genauso ist es gekommen. Im Haushalt ist diese eine Million verankert. Wir haben diesen Fonds, der nicht erst von der Expertenkommission verlangt worden ist, sondern seit Jahrzehnten für richtig gehalten wurde, jetzt eingerichtet. Das ist ein Erfolg, den wir nicht selber kleinreden sollten, lieber Herr Blömer.

Sie sprachen noch einen anderen Punkt an: Tanzfestival! Das internationale Tanzfestival wird jetzt von Pina Bausch geleitet werden. Wen auf der Welt gäbe es Besseren als Pina Bausch, um dieses Tanzfestival zu leiten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist doch eine Ehre für uns in Nordrhein-Westfalen, dass sich Pina Bausch für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt hat. Man kann dann ein solches Tanzfestival nicht in neun oder zehn oder noch mehr Standorte zerlappern lassen - das versteht sich doch von selbst. Ein solches Festival muss erkennbar veranstaltet werden und an den Orten stattfinden, wo der Tanz wirklich ist. Wir haben darüber mit den Städten gesprochen: Die meisten haben auch Verständnis dafür. Wir sind im Gespräch und werden sicherlich auch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

Meine Damen und Herren! Frau Capune-Kitka - die natürlich pflichtgemäß auch den einen oder

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) anderen kritischen Ton einbringen musste - hat dann Herrn Ministerpräsidenten Clement und mir unterstellt, unsere Kulturpolitik erschöpfe sich darin, dass wir uns Hofnarren hielten. Frau Capune-Kitka, das war nun ein böses Eigentor; das tut mir wirklich Leid. Wollen Sie wirklich sagen, Gérard Mortier, der künstlerische Leiter unserer künftigen Triennale, sei ein Hofnarr? Wollen Sie sagen, Pina Bausch ist eine Hofnarrin? Wollen Sie sagen, Herr Zweite, der eines der angesehensten Museen in Deutschland, ja in Europa leitet - nämlich die nordrhein-westfälische Kunstsammlung - sei ein Hofnarr? Wollen Sie sagen, Frau Badora, die hier das Schauspielhaus, unser einziges Staatstheater, leitet, sei eine Hofnarrin? So liegen Sie nun wirklich falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind international anerkannte Künstlerinnen und Künstler und Kulturmanager - in Gestalt von Herrn Mortier -, mit denen wir keinen Vergleich scheuen müssen.

Herr Keymis hat die Finanzen angesprochen. Er hat völlig Recht. Ich würde natürlich gern sehr viel mehr Geld im Kulturhaushalt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Nur - und das weiß Herr Keymis auch - wenn man schon Vergleiche mit anderen Ländern anstellt, dann muss man einrechnen, dass den Löwenanteil der Kulturausgaben heute die Städte und Gemeinden tragen, und zwar genau mit den Mitteln, die ihnen über die Schlüsselzuweisungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zur Verfügung gestellt werden. Und wenn man diese Summen dann addiert, liegen wir deutlich über 1 Milliarde DM.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da brauchen wir uns hinter anderen Ländern nun wirklich nicht zu verstecken. Nordrhein-Westfalen hat die vielfältigste und reichhaltigste Theaterlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben Highlights. Wir haben Opern. Wir haben den Tanz. Auf dem Tanz liegt ein großer Schwerpunkt. Wir haben hervorragende freie Theater. Wir haben im Moment in Köln das erste Literaturfest, die lit.Cologne, das in einer Größenordnung stattfindet, wie es das in Deutschland noch nicht gegeben hat. Ich war gestern Abend bei der Eröffnung dabei. Es waren 2.400 Men-

(C) schen für die Literatur anwesend. Und man hätte noch einmal so viele Karten verkaufen können. Also Nordrhein-Westfalen ist ein Land, in dem die Kultur nicht nur zu Hause ist, sondern in dem sie erblüht.

Aber die Funktion der Kulturpolitiker, meine Damen und Herren, ist ja nicht, selber Kultur zu machen und erst recht nicht, Kultur zu zensieren, zu kritisieren oder zu bewerten. Unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, Kultur zu ermöglichen, Rahmenbedingungen für die Kultur und für die Kunst zu schaffen, die es ihr erlauben, zu erblühen.

Dafür haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Die Triennale und auch das Tanzfestival sind angesprochen worden. Ich möchte noch sagen: Die Stiftung Kunst und Kultur, die jetzt eine zusätzliche Zuweisung von 5 Millionen DM bekommt und zu deren Präsidentin Frau Kollegin Brusis gewählt wurde, trägt auch ganz entscheidend zur Profilierung der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik bei.

Ich glaube, wir brauchen uns nicht nur nicht zu verstecken, sondern wir haben hier eine sehr gute Zwischenbilanz vorzuweisen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen weiterzuarbeiten im Sinne des Erblühens von Kunst und Kultur in unserem Land. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich rufe jetzt auf den Teilbereich

c) Sport

Als erster Rednerin erteile ich Frau Dr. Schraps für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sport ist nicht mehr nur die schönste Nebensache der Welt. Ich bin sehr froh darüber, dass inzwischen in vielen Köpfen auch verankert ist, dass sich Sport zu einem ganz enormen gesundheits-, sozial- und wirtschaftspolitischen Faktor entwickelt hat. Ich bin sehr froh darüber, wenn wir auch bedauerlicherweise erleiden müssen, dass der Freiwilligkeit der Aufgabe wegen Sport gerne als Manövriermasse in Haushalten benutzt wird.

(D)

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

- (A) Ich möchte noch einmal in Erinnerung bringen: Nordrhein-Westfalen hat 20.000 Vereine, rund 5 Millionen Mitglieder und ca. 400.000 ehrenamtliche Mitarbeiter. Sie stehen zunehmend vor kleiner werdenden Ressourcen und vor immer größer werdenden finanziellen und bürokratischen Hindernissen.

Wir werden - das kann ich am Anfang sagen - Ihren Haushalt heute ablehnen. Sie haben mit einer Rigorosität, die wir allerdings inzwischen gewohnt sind, auch unsere Anträge abgelehnt. Wir hatten allerdings im Nachhinein das Vergnügen, festzustellen, dass einige Teile unserer Anträge dann doch erfüllt worden sind. Auch so kann man dann zufrieden sein.

Wenn der Finanzminister Steinbrück erklärt, der Haushalt 2001 enthalte manche Kröte, die die Ressortkollegen schlucken müssten, so ist für den Sport heute zu erklären, dass das Krötenschlucken inzwischen lieb gewordene Gewohnheit bei uns geworden ist. Und auch in diesem Jahr müssen wir Kürzungen und vor allem auch Stagnation hinnehmen. Und Stagnation, meine Damen und Herren, bedeutet Rückschritt.

- (B) Lassen Sie mich auf einige Punkte, die wir in unseren Anträgen gefordert haben, eingehen. Das betrifft den Bereich Talentsuche und Talentförderung. Ganz sicher wird in Zukunft die Förderung des Nachwuchssportlers bei der Sportstiftung stattfinden. Dies begrüßen wir, machen aber darauf aufmerksam, dass dabei die im Moment arbeitenden 1.770 Talentsichtungsgruppen und die 975 Talentfördergruppen nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Hier ist die Anzahl der Gruppen zum Finanzbudget nicht mehr im Lot. Und damit wird der Qualitätsfaktor infrage gestellt. Die Forderung nach Qualitätssicherung kann nicht mit Stagnation beantwortet werden.

Die neue Sportstiftung - so gut sie sich entwickeln möge - kann alte, aber gute Initiativen nicht ersetzen. Außerdem - so unsere Forderung - sollte der Erlös aus den Oddset-Sportwetten den Vereinen eine Perspektive auch für langfristig orientierte Jugendförderung geben. Wenn es aber dann so sein wird, dass die Gelder der Sportstiftung nur für neue Projekte und Maßnahmen jährlich beantragt werden können, weiß ich mich z. B. mit den Fußballverbänden einig, dass damit Talentförderprojekte mit Blick auf die Weltmeisterschaft 2006 und sozialintegrative Maßnah-

men, wie Antigewalt- oder Antidrogenprojekte, gefährdet sind. (C)

Die in jedem Jahr dem Sport zustehenden Gewinne aus der Oddset-Wette können nicht insgesamt in die Sportstiftung gegeben werden. Das sehen Sie genauso. Da, hoffe ich, haben wir Einigkeit. Denn sonst hätten Sie nicht 50 % der diesjährigen Gelder z. B. in die Modernisierung der Sportstätten, in den Breitensport, in Fußballschulen und einiges mehr gegeben. Das begrüßen wir, denn insbesondere der Investitionsstau bei den Sportstätten ist inzwischen unerträglich. Das wird zwar nicht mit den zusätzlichen 6 Millionen DM gelöst werden, aber zumindest ist es ein Signal. Wir werden die Sportstiftung unterstützen, aber immer wieder darauf drängen, dass daneben der "Sport für alle" nicht Not leidend wird.

Das gilt genauso für den Sport mit behinderten Menschen. Wir hatten mit Entsetzen festgestellt, dass hier Streichungen vorgenommen wurden, und sind jetzt froh, dass Sie zugelegt haben - leider nicht in der Höhe der Forderung unseres Antrags.

Die Paralympics in Sydney haben gezeigt, dass dieser Sport inzwischen Dimensionen erreicht hat, die nichts mehr mit früher gerne ins Feld geführten Rehabilitationsmaßnahmen gemein haben. (D)

Soll der Behindertensport in Zukunft auch weiterhin hohes nationales und internationales Niveau haben, brauchen wir in den kommenden Jahren auf allen politischen Ebenen Unterstützung; hier sind Bund und Land gefragt. Wollen wir eine Weiterentwicklung des Behindertensports, brauchen auch die Vereine bessere Trainingsintensität und Trainingsqualität. Das ist inzwischen mit eigenen Vereinskraften nicht mehr zu leisten.

Wir werden uns hier weiter bewegen müssen. Ich finde, es ist eine unfaire und ungerechte Politik, dass diesem sportlich-sozialen Bereich nicht mit angepassten Erhöhungen in jedem Jahr Rechnung getragen wird.

Im Rahmen der Haushaltsberatung muss ich insbesondere auf das Jahr des Ehrenamtes, auf das Jahr der Freiwilligen eingehen. Auch hier sind von uns zwei Anträge gestellt worden, die von Ihnen abgelehnt wurden.

Meine Damen und Herren, der vor allem in Nordrhein-Westfalen begeistert gelobte Sport steht und fällt mit unseren Vereinen und Verbän-

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

- (A) den sowie den in diesen Organisationen ehrenamtlich arbeitenden Menschen. Dabei geht es nicht um Sonntagsreden und Ehrungen, sondern um Anerkennung der Leistung des Ehrenamtes und seine institutionellen Verankerung. Ich sehe dazu im Haushalt keinen Ansatz, es sei denn, Sie betrachten die 23 Millionen DM für Übungsleiter, die seit Jahren nicht erhöht wurden, als einen solchen.

Sie wissen genau, dass hier eine große Lücke klafft. Steigende Übungsleiterzahlen bedingen steigende Übungsleiterstunden. Dies erfolgt unter dem Konkurrenzdruck der VHS, der Familienbildungsstätten und der Krankenkassen, die Stundenlöhne zum Teil von 28 bis 40 DM zahlen. Unsere Vereine - das habe ich hier schon oft gesagt - bilden die Übungsleiter aus und müssen hilflos zusehen, wie sie über höhere finanzielle Angebote abgeworben werden.

Die Last der Vereine ist so nicht mehr zu tragen. Desolate Sportstätten, schleppende Förderungsmaßnahmen, Investitionsstau, die immer wieder vorgebrachte Frage der Vorfinanzierung, die höheren bürokratischen Hemmnisse - all dies belastet unsere Vereine enorm. Wenn wir ihnen nicht helfen, wird nach und nach der eine oder andere Verein nicht mehr existieren können. Wenn wir unseren Vereinen hilfreich zur Seite wollen, dann muss die Landesregierung auch auf Bundesebene aktiv werden.

- (B) Der Gipfel allen Kummers in der Vereins- und Verbandsarbeit ist die seit 1999 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Sozialversicherungspflicht für ehrenamtliches Engagement. Die Neuregelung des 630-DM-Gesetzes hat dabei die Vereine und Verbände tief getroffen.

(Beifall bei der CDU)

Neben den finanziellen Folgen, meine Damen und Herren, müssen sich die Vereine durch einen Dschungel an Vorschriften arbeiten, um die Neuregelung einigermaßen gesetzeskonform umsetzen zu können. Ohne Steuerberater ist ein Verein heute nicht mehr entscheidungsfähig.

(Beifall bei der CDU)

Es sind Dutzende von Einzelfällen zu bearbeiten; das kann kaum noch ein Ehrenamtlicher schaffen. Wir haben bei einem Vortrags des Westdeutschen Volleyball-Verbandes gehört, dass zurzeit - man höre - 300 Schiedsrichter- und Übungsleiterlehr-

- (C) gänge ausgesetzt würden, bis für jeden einzelnen Referenten die persönliche Auswirkung feststehen würde. Dabei sind die Sozialversicherungen übrigens nicht in der Lage, den Anfragen der Vereine nachzukommen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen daran: Die Vereine werden immer stärker belastet. Da gibt es diese neuen Vereinsregelungen. Denken Sie aber auch an die Ökosteuer - ich möchte nur einige Punkte erwähnen - und die seit Jahren unverändert gebliebenen Freibeträge und Freigrenzen nach der Abgabenordnung sowie das Umsatzsteuergesetz. Vieles bedarf dringend der Neugestaltung. Hier fordern wir die Landesregierung auf, in der Sportministerkonferenz und im Bundesrat entlastende Wege zu finden, denn zielorientiertes Handeln der Vereine ist bei dieser wirren Gemengelage nicht mehr möglich.

Dennoch möchten wir uns hier an dieser Stelle ganz besonders bei den Vereinen und Verbänden bedanken, die diese Arbeit trotz dieser Hindernisse leisten.

(Beifall bei CDU und GRÜNEN)

Folgendes muss ich leider auch erwähnen: Mit großem Bedauern haben wir festgestellt, dass der Gesetzentwurf zur Notwendigkeit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement im Jahr der Freiwilligen im Bundesrat abgelehnt wurde, meine Damen und Herren. Ich denke, die Damen und Herren, die hier mitgewirkt haben, sollten das überdenken, damit es nicht nur beim Reden bleibt.

- (D)

Unser Land ist ein sportbegeistertes Land. Das soll so bleiben. Es geht uns nicht auf allen Gebieten gut. Es bleibt nur Zeit, einiges Wenige zu erwähnen: der Schulsport, die missliche Lage des Hochschulsportes, das Staatsziel "Sport", das meist unbeachtet auf dem Papier steht, die Sorge um die Stadien, die unsichere Zukunft unserer drei Olympiastützpunkte; diese Reihe könnte man beliebig fortsetzen.

Hier muss viel getan werden, denn wir wollen uns in Nordrhein-Westfalen auf große sportliche Ereignisse vorbereiten, die Ausstrahlungen auf Infrastruktur und Wirtschaft haben werden. Das sind 2002 die Volleyballmeisterschaft der Frauen in Münster, die Deutsche Leichtathletikmeisterschaft, die World-Games der nichtolympischen

(Dr. Annemarie Schraps [CDU])

- (A) Disziplinen 2005, die Fußballweltmeisterschaft 2006 und als Traumziel die Olympiade 2012.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Dr. Schraps, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Ich höre gleich auf, Frau Präsidentin.

Das alles können wir nicht nur mit schönen Worten begleiten, sondern mit Aufbauarbeit und finanzieller Unterstützung sowie dem Bemühen, Sport als Querschnittsaufgabe zu stärken. Das Land ist leider bei allem, was es unterstützt, sehr stark an einer schnellen Öffentlichkeitswirkung orientiert. Was wir brauchen, ist eine langfristige, zielorientierte und visionäre Sportpolitik. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Schraps. - Für die SPD spricht jetzt Frau Meise-Laukamp. Bitte schön.

(B)

Ina Meise-Laukamp (SPD): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Dr. Schraps, wenn man Sie so hört - Sie sprechen von einem sportbegeisterten Land Nordrhein-Westfalen -, kann ich Sie nicht so ganz verstehen, dass Sie unser Sportland Nordrhein-Westfalen heute so schlechtreden und die gemeinsame Linie

(Rudolf Henke [CDU]: Hat sie überhaupt nicht getan!)

- das hat sie getan -, die wir im Sport eigentlich immer gefunden haben, verlassen haben. Sie sollten sich statt dessen freuen, dass wir trotz der engen Korridore im Haushalt so viel für den Sport herausgeholt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die Bedeutung des Sports allein an der Anzahl der Änderungsanträge der Fraktionen festmachen würde, müsste man sagen: Der Sport hat eine sehr geringe Bedeutung. Aber das Gegenteil ist der Fall. In diesem Jahr gehen mehr als 55 %

der frei verfügbaren Oddset-Erträge an den Sport; das sind 17,8 Millionen DM. Ich denke, das können wir Sportler als Erfolg verbuchen.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Von den 17,8 Millionen DM gingen 6,5 Millionen DM zusätzlich an die Sportstättenförderung der Vereine. Frau Dr. Schraps, Sie haben erwähnt, dass wir hier einen Antragsstau haben. Das stimmt; aber Sie müssen auch erkennen, dass wir mit den Barmitteln in Höhe von 6,5 Millionen DM und zusätzlichen 7 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen Anstrengungen unternehmen, diesen Antragsstau abzubauen.

Von den 17,8 Millionen DM gehen weitere 8,8 Millionen DM als Zuschuss an die Sportstiftung Nordrhein-Westfalen, die ihre Arbeit mit der Gründungssitzung am 2. Februar dieses Jahres aufgenommen hat. Mit den 7,2 Millionen DM, die wir im vergangenen Jahr im Nachtragshaushalt veranschlagt haben, stehen der Sportstiftung in diesem Jahr insgesamt 16 Millionen DM zur Verfügung, um im Bereich des Nachwuchsleistungssports gezielt Projekte zu fördern.

Die Förderung der Leistungssports hat in Nordrhein-Westfalen eine hohe Priorität. Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Leistungssports in Nordrhein-Westfalen ist die gezielte und systematische Förderung des Nachwuchses. Neben der Sicherstellung einer gezielten und systematischen Zusammenarbeit von Schulsport und Vereinssport bei der Sichtung und Förderung von sportbegabten Mädchen und Jungen muss die weitere Ausgestaltung der Kooperationsprojekte "Sportbetonte Schule" und "Partnerschaftsschule des Leistungssports" sichergestellt werden. Das Projekt "Sportklasse" muss auf viel mehr Standorte des Leistungssports ausgedehnt werden.

(D)

Wir müssen für junge, talentierte Sportlerinnen und Sportler ein Umfeld schaffen, das ihnen optimale Bedingungen für Training und Wettkampf und gleichzeitig eine gute schulische Ausbildung bietet. Wir müssen ihnen auch ein Umfeld bieten, das sie auffängt, wenn sie den Anforderungen, die der Leistungssport an sie stellt, nicht mehr gerecht werden können oder wollen.

Bei der Schaffung dieser Bedingungen fällt der neu gegründeten Sportstiftung Nordrhein-Westfa-

(Ina Meise-Laukamp [SPD])

- (A) len eine wichtige und besondere Rolle zu. Um diese Rolle wie von uns gewünscht ausfüllen zu können, haben wir sie, Herr Minister Vesper, finanziell hervorragend ausgestattet.

Ein weiterer Punkt. Bei der Verteilung der Oddset-Gewinne ging es auch darum, den Westdeutschen Fußballverband über den LSB zu unterstützen - für seine Regionalverbände, Sportschulen und Sportheime. Für die Entwicklung des Breiten-sports, für die Ausweitung von Erprobungs- und Forschungsvorhaben im Sportstättenbau und für sonstige Maßnahmen werden weitere 250 000 DM bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, das Sportland Nordrhein-Westfalen bewirbt sich darum, Austragungsort für möglichst viele Spiele der Fußball-WM 2006 zu werden. Das Sportland Nordrhein-Westfalen möchte auch die Olympiade 2012 an Rhein und Ruhr holen.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Dafür müssen wir unsere gesamte Infrastruktur auf den Prüfstand stellen. Wir werden Entscheidungen treffen müssen, an welcher Stelle wir die Infrastruktur verbessern wollen. Wir werden entscheiden müssen, mit welchen Standorten wir die größte Aussicht auf eine erfolgreiche Bewerbung haben werden.

Dies muss allerdings untersucht und bewertet werden. Wie Sie wissen, sind Untersuchungen und Bewertungen meistens nicht kostenfrei. Deshalb stellen wir für eine Machbarkeitsstudie für eine Bewerbung auf die Ausrichtung der Olympiade 2012 750 000 DM in den Haushalt ein. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden für uns eine sichere Entscheidungsgrundlage bilden.

Meine Damen und Herren, wer sich erfolgreich als Austragungsort für eine Fußball-WM oder sogar als Ausrichter einer Olympiade bewerben möchte, der muss Referenzen vorzeigen können, der muss mit großen, internationalen Sportereignissen auf sich aufmerksam machen. Internationale sportliche Großveranstaltungen stellen die Verbände vor große finanzielle Herausforderungen. Hier wollen wir sie unterstützen und damit möglichst viele sportliche Großveranstaltungen nach Nordrhein-Westfalen holen.

Für diesen Zweck haben wir eine halbe Million DM als Zuschuss zur Verfügung gestellt. Diese

Sporthighlights werden die Visitenkarte für Nordrhein-Westfalen sein, die wir dann bei denen abgeben können, die darüber entscheiden, welche Städte Austragungsort der Fußball-WM oder Standort für die Olympiade 2012 sein werden. Dabei sollten alle Beteiligten wissen, dass nicht die Politik diese Entscheidung trifft, sondern der Sport.

(Zustimmung des Ewald Groth [GRÜNE])

Die Sportverbände in Nordrhein-Westfalen haben hier eine Schlüsselrolle. Ich kann den politisch Verantwortlichen in den beteiligten Kommunen nur raten, mit den Landesverbänden des Sports in Nordrhein-Westfalen eine enge Kooperation zu suchen, denn Politik entscheidet diese Frage nicht.

Die Oddset-Sportwette ist für den Sport ein reicher Goldsegen geworden.

(Zustimmung bei der SPD)

Auf der anderen Seite hat ihr Erfolg - so muss man einschränkend sagen - auch zu Einbußen bei anderen Sportwetten geführt. In der Entschließung des Landtags zum Sportwettengesetz vom Dezember 1999, die wir hier einstimmig beschlossen haben, haben wir festgeschrieben, dass Mindereinnahmen aus anderen Wetten auszugleichen sind. So sind die Einnahmen aus dem Fußballtoto im Vergleich zum Vorjahr um 2 Millionen DM zurückgegangen. Wir haben deshalb den Zuschuss an den LSB, den dieser an den Fußballverband weitergibt, um 2 Millionen DM erhöht, um die Garantiesumme für den Fußball zu erreichen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben ebenfalls einen Zuschuss von 2 Millionen DM an die Pferderennvereine vorgesehen. Da auch diese Vereine geringere Wetteinnahmen zu verzeichnen hatten, was auf die Einführung der Oddset-Wette zurückzuführen ist, haben wir uns zu dieser Maßnahme entschlossen. Es ist kein Geheimnis, dass wir den Ausgleich für den Trab- und Galoppsport im Vorfeld intensiv diskutiert haben.

Wie lange und in welcher Höhe ein solcher Zuschuss gezahlt werden wird, werden wir bei den zukünftigen Haushaltsberatungen noch diskutie-

(C)

(D)

(Ina Meise-Laukamp [SPD])

- (A) ren. Tatsache ist, dass sich die Auswirkungen auf die Wetteinnahmen zu der Zeit verschärft haben, als sich die Vereine durch die Einführung der Oddset-Wette in dieser schwierigen Lage befanden.

Gestatten Sie in diesem Zusammenhang einer reitsportbegeisterten Politikerin die Bemerkung: Es wurde oft diskutiert, auch in anderen Fraktionen, dass die Trab- und Galopprennvereine reine Wirtschaftsbetriebe seien. Das sehen wir anders. Wir meinen, dass es ein Sportbetrieb ist, der auch für die Durchführung von Leistungswettbewerben im Reitsport zuständig ist. Wir sehen also einen direkten Zusammenhang mit dem Sport.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Die Rennvereine unterhalten die Infrastruktur, nämlich die Rennbahnen, die notwendig sind, um Rennen und damit sportliche Leistungsprüfungen durchzuführen. Insofern ist es richtig, dass wir in diesem Jahr den Zuschuss in dieser Höhe gewähren, um einen Beitrag für einen Part im Sport zu leisten, der für Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist.

- (B) Ich glaube, Frau Dr. Schraps, ich habe versucht, Ihnen deutlich zu machen, dass wir auch nach dieser Haushaltsberatung in der Bundesrepublik nach wie vor das Sportland Nummer 1 sind. Wir werden es auch bleiben.

An alle Kolleginnen und Kollegen kann ich nur appellieren: Wenn Sie den Sport in Nordrhein-Westfalen unterstützen wollen, spielen Sie Oddset. Das geht alles in unsere Kasse. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Meise-Laukamp. Vielleicht darf ich mir von dieser Stelle aus erlauben, Ihnen zu sagen, dass ich Ihnen noch einen Wetteinsatz schuldig bin. Es hat nämlich geklappt: Wir haben gewonnen!

Die nächste Rednerin ist Frau Pieper-von Heiden. Bitte schön.

Ingrid Pieper-von Heiden (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Vesper, ich greife den gefälligen Slogan "Sportland

NRW" gerne auf. Er schmückt nicht nur zahlreiche Ihrer Redeauftritte, Herr Minister, sondern auch die ein oder andere Hochglanzbroschüre. Wenn Sie dabei an die Sportgroßveranstaltungen denken, die uns in den nächsten Jahren ins Haus stehen werden, nämlich die World Games Duisburg 2005 oder die Fußball-WM im Jahre 2006, von der wir uns gemeinsam erhoffen, dass möglichst viele Spiele in Nordrhein-Westfalen stattfinden werden, so mag das richtig sein. Wenn Sie das jedoch unseren Schulen und Sportvereinen vor Ort erzählen, dann werden Sie sehen, wie sich die Minen der Sportsfreunde verdüstern.

Sie selbst, Herr Minister, haben Anfang März berichtet - Frau Meise-Laukamp hat es schon angesprochen, aber nicht ausgeweitet -, dass bei den Bezirksregierungen für das laufende Haushaltsjahr bewilligungsreife Förderanträge für den Sportstättenbau und für die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten in Höhe von insgesamt 87 Millionen DM liegen. Nur wird so schnell nichts daraus, weil es bereits jetzt bei fast allen Bezirksregierungen einen Förderstau von drei Jahren und darüber hinaus gibt. 100 Bauanträge schmoren allein beim RP Münster. Allein dort gibt es einen Investitionsstau von inzwischen über 70 Millionen DM. Wie soll das weitergehen?

Landesweit liegen weitere Förderanträge mit einem gesamten Zuwendungsvolumen - diese Zahl stammt aus Ihrem Haus, Herr Minister Vesper - von knapp 150 Millionen DM vor. Wie wollen Sie das abarbeiten, wenn Sie hierfür im laufenden Haushaltsjahr gerade einmal 13,5 Millionen DM einstellen, was schon eine Verdoppelung gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Förderhöhe ist?

(Minister Dr. Michael Vesper: Das ist doch gut!)

Ich mache einmal eine Rechnung auf: 87 Millionen DM geteilt durch 13,5 Millionen DM würde bei auch weiterhin jährlicher Mittelbereitstellung von 13,5 Millionen DM bedeuten, dass die jetzt bewilligungsfähigen Baumaßnahmen erst in sechs Jahren vollständig abgearbeitet wären. Da mag ich gar nicht an die inzwischen vorliegenden Förderanträge von knapp 150 Millionen DM denken.

Aber spielen wir das doch einmal durch: Angenommen, es gingen über diese 150 Millionen DM in diesem und in den nächsten Jahren keine wei-

(C)

(D)

(Ingrid Pieper-von Heiden [F.D.P.])

- (A) teren Förderanträge ein, so würde das bei gleichbleibend hoher jährlicher Haushaltseinstellung bedeuten, dass es weitere elf Jahre dauerte, mit den bereits bewilligten Maßnahmen insgesamt also sogar 17 Jahre. Das überlebt die Regierung nicht.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das stimmt auch nicht!)

- Doch, doch! Sie brauchen 17 Jahre, um den Förderstau abzubauen. Wenn Sie hier in den nächsten Jahren nicht deutlich zulegen, wird das wirklich in einem Fiasko enden.

Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht das, was sich die F.D.P. unter einem "Sportland NRW" vorstellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Aber auch das neue GFG teilt bei einer Kürzung aller Zweckzuweisungen um 5,2 % arge Hiebe an die Kommunen aus. Im Sinne der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Kommunen kann ich nur hoffen, dass Sie nun nicht noch auch die unglückselige Idee eines kommunalen Sportgesetzes auf den Weg bringen werden. Das wäre wirklich das völlig falsche Signal in diesem Zusammenhang. Ich denke, das ist Ihnen auch bewusst.

(B)

Wenn sich das Land mit einem solchen Gesetz selbst verpflichtete, den Kommunen sportlich stärker unter die Arme zu greifen, wäre damit eine zwar hehre, aber unnötige Absicht umgesetzt; denn die Verankerung des Sports in der Landesverfassung öffnet Ihnen bereits jetzt Tür und Tor, für den Sport in Nordrhein-Westfalen alles nur Erdenkliche zu tun. Aber nein: Das Sportgesetz - das ist die Entlarvung - ist dazu gedacht, die Kommunen weiter zu knebeln und festzulegen, egal wie die kommunale Haushaltslage ist. Hier will das Land durch die Hintertür nur bestimmen, nicht helfen.

Aber unsere Kritik trifft nicht nur die Förderung von Baumaßnahmen, sondern ebenso den Schulsport. Die Schulen, die ihren Schülern heute tatsächlich noch drei Wochenstunden Schulsport anbieten können, müssen Sie wie die Stecknadel im Heuhaufen suchen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die kürzlich eingegangene Zuschrift einer Mülheimer Grundschule, an der es seit vier Jahren, also über die gesamte Grund-

schulzeit eines Kindes, nur zwei Wochenstunden Sport gegeben hat und noch immer gibt. Das können wir uns schon allein aus gesundheitlichen Gründen nicht leisten: Bereits 40 % der 12-jährigen Schüler in Deutschland haben Kreislaufprobleme, 30 % Haltungsfehler, 20 % Übergewicht. Da müssen wir ihnen in jungen Jahren den Sport näher bringen, sodass es für diese Kinder zur Selbstverständlichkeit wird, ihn später in Eigenverantwortung weiter zu betreiben.

(C)

Nun komme ich zu einem Punkt, der der F.D.P. und mir persönlich besonders am Herzen liegt, nämlich zum Behindertensport. Frau Dr. Schräps hat ihn bereits angesprochen. Sehr geehrter Herr Minister Vesper, Ihr Kollege im Sozialministerium hat den ohnehin mickrigen Haushaltsansatz für das laufende Haushaltsjahr gegenüber den Vorjahren tatsächlich zunächst um 10 % zurückgefahren. Wir wollen jedoch die Mittel für den Behindertenbreitensport mehr als verdoppeln. Ich gebe zu, dass das immer noch nicht der große Wurf ist.

Darüber hinaus will die F.D.P. dem Behindertensport zu mehr Ansehen verhelfen und ihn in das Licht der Öffentlichkeit rücken. Für uns heißt das, ihn aus dem Sozialministerium auszulagern und beim Sportministerium anzusiedeln. Für Behinderte hat der Sport nämlich den gleichen hohen Stellenwert wie für Nichtbehinderte, vielfach sogar einen sehr viel höheren.

(D)

In diesem Zusammenhang begrüße ich es außerordentlich, dass nach unserer entsprechenden Antragstellung im Sportausschuss eine große Bereitschaft aller Fraktionen vorhanden war, über eine Verlagerung ernsthaft zu diskutieren. Dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich.

Die Bedeutung, die Sie der neu gegründeten Sportstiftung beimessen, teilt die F.D.P.-Fraktion uneingeschränkt, Herr Minister Dr. Vesper. Jedoch müssen wir im Kuratorium bei der Mittelzuweisung gemeinsam darauf achten, dass wir eine kluge Auswahl der zu fördernden Maßnahmen treffen.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Sportklassen, die Sie mit Energie vorantreiben wollen, um die größten Talente des Landes bereits zu einem frühen Zeitpunkt angemessen fördern zu können. Hierbei haben Sie die volle Unterstützung der F.D.P.-Fraktion.

(Ingrid Pieper-von Heiden [F.D.P.])

- (A) Dass allerdings ein grüner Minister mir eine Steilvorlage liefert, Systeme wie die besonderen Sportklassen aus gutem Grund auch für kognitiv Hochbegabte einzufordern, hätte ich nicht für möglich gehalten. Das stimmt mich sehr versöhnlich mit Ihnen und veranlasst mich zu der Bitte an Sie, das bilaterale Gespräch mit Ihrer Kollegin aus dem Schulministerium zu suchen, Herr Minister. In dieser Hinsicht ist Ihr Ministerium dem Schulministerium um Längen voraus. Vielleicht können Sie das untereinander regeln, damit wir in dem Punkt weiterkommen.

Dennoch wird die F.D.P.-Fraktion dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Ich denke, das haben Sie auch nicht anders erwartet. Wir müssen noch mehr für den Behindertenleistungssport tun. Das ist ganz klar. Ich bin der Meinung, dass die Sportstiftung in dieser Hinsicht noch einiges zu leisten hat. Ich hoffe sehr, dass Petra Quade ihren Beitrag dazu leistet, dass das so geschieht, damit wir auch in dieser Hinsicht auf einen guten Weg kommen.

- (B) Ich habe mich lange gefragt - inzwischen habe ich das Rätsel durch Ihre Mithilfe jedoch auflösen können-, was man mit den in den Haushalt für den Behindertenleistungssport eingestellten 90.000 DM macht. Diese Mittel dienen nur dazu, Konzepte für den Behindertenleistungssport zu entwickeln. Ich frage mich aber, wie sich der übrige Behindertenleistungssport finanziert.

Es ist also dringend notwendig, in diesem Bereich etwas zu unternehmen, zumal wir erkennen, dass sich die Altersgrenze sehr verlagert hat, dass dies nicht mehr nur Angelegenheit mittlerer oder älterer Jahrgänge ist, sondern dass die Teilnehmer am Behindertenleistungssport immer jünger werden. In diesem Bereich sollten wir etwas unternehmen, weil das zukunftsweisend ist.

Bei den Paralympics in Sydney hat man gesehen, dass eine sehr viel stärkere öffentliche Wahrnehmung als in den vergangenen Jahren vorhanden war. In dieser Hinsicht gibt es noch einiges zu tun. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Pieper-von Heiden, wenn Sie alle vorliegenden Anträge auf Förderung nur mit einem Haushaltstitel gegenfinanzieren wollen, kommt das dabei heraus. Sie müssen einmal den Haushaltsentwurf lesen. Lesen Sie bitte den Haushaltsentwurf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ansätze für den Behindertensport sind nicht gekürzt worden. Lesen Sie den Haushaltsentwurf! Im Übrigen sind die behinderten Sportler besser in der normalen Sportförderung aufgehoben; Integration heißt das Zauberwort. Das bringt mehr für die Spitzensportler und auch für die Breite.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

In dieser Hinsicht wollen wir keine Extrawurst, es sei denn, es geht um Konzepte und Weiterentwicklung. Das ist in Ordnung.

Meine Damen und Herren, es ist etwas los im Sportland Nordrhein-Westfalen: Deutsche Meisterschaften für Leichtathletik 2002 im Lorheide-Stadion in Bochum-Wattenscheid, die World Games 2005 in Duisburg, Fußballweltmeisterschaft 2006 in hoffentlich möglichst vielen Stadien in Nordrhein-Westfalen und nicht zuletzt die Olympiabewerbung für das Jahr 2012.

Aber nicht nur das: Fünf Weltmeisterschaften und drei Europameisterschaften finden allein im Jahre 2001 in Nordrhein-Westfalen statt. So geht das weiter. Ich bin der Meinung, darauf können wir stolz sein.

Das ist aber noch lange nicht alles. Der Minister für Sport, Herr Dr. Michael Vesper, hat in der Sitzung des Sportausschusses am 5. März dazu vorgetragen. Das können Sie alles im Protokoll nachlesen. Es ist eine lange Liste von überregionalen großen Sportereignissen, die alle bei uns in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Das ist eine gute Visitenkarte.

Die Sportpolitik genießt in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert. Das Engagement von Sportminister Michael Vesper, aber auch das der Koalitionsfraktionen zeigt die hohe Priorität der Sportförderung in Nordrhein-Westfalen.

Dies wird auch im Haushalt deutlich, obwohl 5,5 Milliarden DM Steuerausfälle zu verzeichnen

(C)

(D)

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) sind. Wir konnten die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Kürzungen noch verhindern und werden darüber hinaus erhebliche Zuwächse in einzelnen Bereichen der Sportförderung erreichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war nur möglich mit den Erträgen aus der Odsett-Wette, allein 17,8 Millionen DM für den Sport.

Ich will offen ansprechen, dass über die Verteilung der Odsett-Erträge sehr hart gerungen wurde. Ich weiß, dass insbesondere der Fußballsport unzufrieden ist. Das kann man offen sagen. Meine Damen und Herren, wenn wir aber betrachten, wie viel Geld in Nordrhein-Westfalen über verschiedenste Wetteinnahmen, über den Landeshaushalt, über das GFG in den Sport fließen, muss man sagen, dass wir uns wahrlich nicht verstecken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Insgesamt fließen fast 200 Millionen DM pro Jahr in den Sportbereich. Das will ich gar nicht so laut sagen; nachher wird es noch weniger. Wenn Sie aber das Sportland Nordrhein-Westfalen kaputtreden wollen, muss auch das einmal gesagt werden. Wenn Sie so tun, als ob die 13 Millionen DM für die Sportstättenförderung alles wären, was wir für den Sport tun, muss das auch einmal gesagt werden. Also, 8,8 Millionen DM für die Sportstiftung, die damit über insgesamt 16 Millionen DM verfügt neben dem Stiftungskapital, das nicht angegriffen werden soll, in Höhe von 10 Millionen DM. Darüber hinaus hat sie noch 16 Millionen DM frei verfügbar.

Dazu kommen 9 Millionen DM für die laufende Sportförderung allein aus der Odsett-Wette. Dazu kommen 6,5 Millionen DM für den Sportstättenbau zuzüglich der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Millionen DM.

Das sind große Anstrengungen, um den vorhandenen Antragsstau zu beheben. Den gibt es tatsächlich, und diesen abzubauen ist die beste Möglichkeit, um die vielen ehrenamtlich im Sport Tätigen zu unterstützen, die sich seit vielen Jahren für die Erneuerung ihrer Sportstätten einsetzen, und vor allen Dingen die Sportlerinnen und Sportler, denen so die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, damit sie ihren Sport noch optimaler ausüben können.

Für den Sportstättenbau gibt es also im Jahr 2001 - Frau Pieper-von Heiden, passen Sie

gut auf - allein im GFG Mittel von über 32 Millionen DM. Die Mittel für den Sportstättenbau für Vereine betragen über 13,5 Millionen DM plus die 13,4 Millionen DM aus Verpflichtungsermächtigungen in diesem Jahr. Außerdem zu nennen sind die Mittel für den Sportstättenbau an Schulen von über 30 Millionen DM. Wenn Sie das alles zusammenzählen - wir können ja gleich vor der Tür einmal addieren -, werden Sie sehen: Es dauert nicht so lange, bis der Stau abgebaut ist.

Meine Damen und Herren, die Sportstiftung hat jetzt ihre Arbeit aufgenommen. Damit kann die Nachwuchsförderung für den Leistungssport in NRW quantitativ und qualitativ weiter nach vorne gebracht werden. Die Mittel aus 2000 und 2001 werden zur Unterstützung neuer Initiativen und Projekte im Bereich des Trainings und der begleitenden Betreuung von Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportlern ausgezahlt. Es liegen schon viele Anträge aus allen Bereichen des Sports vor, z. B. Lehrertrainer an Partnerschulen des Leistungssports oder Ausbau der Physiotherapien in Olympia-Stützpunkten oder die Verbesserung der sportmedizinischen Versorgung usw.

Diese Arbeit im Verbundsystem Schule und Leistungssport wollen wir weiter verbessern, insbesondere an der Schnittstelle und dem Übergang vom D- zum C-Kader. Das ist ein Problem. Das werden wir lösen. Deshalb verstehe ich diesen blamablen CDU-Antrag, keine Mittel für die Stiftung im Jahre 2001 bereitzustellen, überhaupt nicht. Dafür habe ich kein Verständnis. Ich musste wirklich nicht nur im Sportausschuss mit dem Kopf schütteln, ich schüttelte auch heute noch mit dem Kopf. Ich kann es nicht verstehen.

Der Antrag ist auch nicht aufrechtzuerhalten, Frau Dr. Schraps! Den sollten Sie zurückziehen und sagen: Da haben wir uns getäuscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am 14. Mai wird das Kuratorium - Sie sitzen selber drin - über die Förderkriterien entscheiden. Der Vorstand ist bestimmt und in diesen Tagen auch der Geschäftsführer. Die Arbeit läuft mit hoher Geschwindigkeit an. Und Sie wollen die Stiftung, in deren Kuratorium Sie selbst sitzen, handlungsunfähig machen. Das kann ich nicht verstehen. Das muss mir einmal jemand erklären.

Die vielen Großveranstaltungen in NRW sind als sportliche Highlights wichtig für unser Land. Sie

(C)

(D)

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) haben Ausstrahlung darüber hinaus, wie etwa die World Games oder die Fußball-WM 2006. Auch deshalb macht es Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Haushaltsmittel in diesem Bereich zu erhöhen. Mit 1,12 Millionen DM sind sie fast verdoppelt. Damit kann es eine angemessene Unterstützung für diese Veranstaltung geben und sich unser Land als das Sportland Nummer 1, das es ist, weiter profilieren.

Zentrales Vorhaben allerdings, meine Damen und Herren, ist Olympia 2012. Das ist noch lange hin, aber wir können unser Engagement dafür nicht aufschieben. Der Ministerpräsident und der Sportminister haben unsere volle Unterstützung für die Bemühungen, eine Bewerbung vorzubereiten. Inzwischen ist in den Städten im Ruhrgebiet klar: Gemeinsamkeit ist das, was wichtig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich rege dringend an, jetzt auch die Sportfachverbände mit einzubeziehen. Frau Meise-Laukamp hat es gesagt: Träger, Feldhoff, Bach, der LSB, der DSB, das NOK, das IOC - das sind Joker und Ansprechpartner, die wir jetzt nutzen müssen, wenn wir unsere Bewerbung vorantreiben wollen.

- (B) Meine Damen und Herren, die Erfahrung von Sydney zeigt: Wir müssen eine olympische Bewegung kreieren. Es reicht nicht, wenn sich Oberbürgermeister nicht einig sind und alle sagen: Wir wollen, aber irgendwie. Wir brauchen eine olympische Bewegung. Diese Bewegung muss vom Kindergarten bis zum Seniorenheim gehen. Sie muss NRW in Olympia-Stimmung bringen. Wir brauchen dabei neue Konzepte für alle Sportarten und auch in der Breitensportentwicklung.

Welche Chancen Olympia wirtschaftspolitisch für den Ausbau der Infrastruktur, sportpolitisch für den Bau und die Erneuerung von Sportstätten bietet, die auch nach den olympischen Spielen von unseren Bürgerinnen und Bürgern genutzt und gebraucht werden, ist vielen noch gar nicht klar - so ist mein Eindruck.

Darüber hinaus ist Olympia Werbung für unser weltoffenes Land, das auch nach der IBA zeigen muss, dass es nicht mehr durch qualmende Schlote und Schwerindustrie gekennzeichnet ist, sondern dass es glänzt durch hochqualifizierte Arbeitskräfte, moderne Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer, die zusammen mit ihren Beschäftigten die Zukunft gewinnen wollen.

- (C) Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, eine touristisch interessante Region. Die haben wir. Dazu gehören auch die sportlichen Highlights, die wir bieten wollen, um damit Besucherinnen und Besucher sowie unsere eigenen Bewohner auch zu locken und hier zu halten. Warum sollen denn die Hochqualifizierten zu uns ins Ruhrgebiet kommen und nicht nach München gehen? Das ist die Frage. Das müssen wir Ihnen klar machen. Warum sollen sie kommen? Wir brauchen bei den weichen Standortfaktoren Kultur und Sport harte Fakten, meine Damen und Herren, und die haben wir auch in Nordrhein-Westfalen.

Zu Herrn Rüttgers und seiner Fraktion kann ich nur sagen: Für die von ihm kritisierte Chaos-Debatte ist nicht die Landesregierung, sind nicht die Fraktionen in diesem Hause verantwortlich, sondern sind die CDU-Oberbürgermeister, vor allen Dingen der in Köln, verantwortlich. Bringen Sie Ihren Laden in Ordnung, damit an dieser Diskussion nicht noch alles scheitert!

Meine Damen und Herren, die Sportpolitik unseres Landes ist in guten Händen. Vielen Dank an unseren Sportminister!

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (D) Die Koalitionsfraktionen werden daran mitwirken, den Sport in NRW nach vorne zu bringen. Dafür haben wir die notwendigen Visionen und die entsprechende Tatkraft. Der Haushalt 2001 ist der beeindruckende Beweis dafür.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Groth. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dr. Vesper. Bitte schön.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist genauso, wie Herr Kollege Groth es gerade gesagt hat: Wenn man die Situation, wie sie war, als wir diesen Haushalt in erster Lesung beraten haben, mit der Situation, wie sie heute ist, vergleicht, dann muss man feststellen, dass der Sport wirklich sehr zufrieden sein kann. Es ist nicht nur gelungen, bestimmte Kürzungsabsichten, die wir ursprünglich verfolgen mussten, rückgängig zu

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) machen, sondern darüber hinaus ist es im Zuge der Haushaltsberatungen auch gelungen, mit der Verteilung der Mittel aus den Oddset-Erträgen erhebliche Zuwächse in Einzelbereichen des Sporthaushaltes darstellen zu können.

Meine Damen und Herren, es gibt kein Land in der Bundesrepublik Deutschland, das den Sport so gut ausstattet, wie wir es tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man die Erträge aus der Glücksspirale und den anderen Wetten zusammenzählt, wenn man berücksichtigt, dass wir 23 Millionen DM Jahr für Jahr für die Übungsleiter in den Sportvereinen zur Verfügung stellen, wenn man jetzt hinzurechnet, dass knapp 20 Millionen DM jährlich durch die Erträge der Oddset-Wette hinzukommen, dann brauchen wir uns nicht zu verstecken. Der Satz von dem Sportland Nordrhein-Westfalen, liebe Frau Schraps und Frau Pieper-von-Heiden, ist nun wirklich berechtigt.

Frau Pieper-von-Heiden, Sie haben vorgerechnet, und zwar mathematisch sehr exakt, dass wir erst in sechs Jahren den Stau bei den Sportstätten abbauen könnten. Ich weiß nicht, ob es am Mathematikunterricht in der Schule lag oder einfach daran, dass Sie nicht genau genug in den Haushalt geguckt haben, dass Sie zu dieser Fehlauflassung gelangt sind.

(B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Vielleicht ist sie ja in Bayern in die Schule gegangen!)

- Waren Sie vielleicht in Bayern in der Schule?, fragt der Ministerpräsident. Ich kann es nicht beurteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zunächst einmal: Wir unterstützen den Sportstättenbau in zwei Titeln. Bei der Gemeindefinanzierung geht es um den Sportstättenbau für Gemeinden, wofür in diesem Jahr über 32 Millionen DM an Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 9,2 Millionen DM zur Verfügung stehen. Abzüglich der Vorbelastungen ergibt das einen Bewilligungsrahmen von über 29 Millionen DM allein für den Bau der gemeindebezogenen Sportstätten. Hinzu kommen die Sportstättenbaumittel für die Vereine. Hier haben wir es

- mithilfe der Oddset-Erträge geschafft, die Mittel in diesem Jahr mehr als zu verdoppeln. (C)

(Zuruf der Ingrid Pieper-von Heiden [F.D.P.])

- Sie können aber nicht nur von diesen Mitteln sprechen, liebe Frau Pieper-von Heiden, sondern müssen natürlich den gesamten Rahmen im Auge haben.

Hier gibt es, weil Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 13,4 Millionen DM zu den 13,7 Millionen DM hinzukommen, abzüglich der Vorbelastungen einen Bewilligungsrahmen von fast 24 Millionen DM. Insgesamt können wir also in diesem Jahr fast 53 Millionen DM für den Sportstättenbau in Nordrhein-Westfalen bewilligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Antragsvolumen ist in der Tat höher und liegt bei 86,6 Millionen DM. Aber davon sind 53 Millionen DM ein guter Teil. Im Übrigen ist es den Gemeinden und Vereinen fast unmöglich, diese fast 53 Millionen DM tatsächlich sofort zu realisieren. Natürlich werden wir versuchen, die Maßnahmen sehr schnell umzusetzen. Aber ich glaube, dass Sie, Frau Pieper-von Heiden, Ihre Kritik zurücknehmen müssen, wenn Sie das noch einmal nachrechnen. (D)

Völlig unverständlich ist mir die Strategie - oder was auch immer es sein mag - der CDU. Sie hat den Antrag gestellt, die Sportstiftung, deren Einrichtung sie grundsätzlich begrüßt hat, in den Zuwendungen auf null zu setzen.

(Peter Budschun [SPD]: Unglaublich!)

Frau Schraps, das müssen Sie uns wirklich einmal erklären.

(Beifall bei der SPD)

Auf der einen Seite sagen Sie, dass wir den Nachwuchs im Sport fördern sollen. Auf der anderen Seite wollen Sie das neue Instrument, das wir zu diesem Zweck geschaffen haben, gleich wieder auf null setzen. Das ist an Schizophrenie nicht zu überbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Wir werden diese Sportstiftung unter dem Vorstandsvorsitz von Herrn Baedecker - stellvertretende Vorsitzende sind Frau Heide Ecker-Rosendahl und der Vizepräsident des Landessportbundes, Herr Eulerling - jetzt sehr schnell handlungsfähig machen. Die ersten Förderanträge sind da. Sobald der Haushalt verabschiedet ist, wird das Fördergeschäft unverzüglich beginnen. Dann werden wir uns genau mit dem Thema beschäftigen, das hier angesprochen wurde: mit der Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung auf der einen und dem Sporttreiben auf der anderen Seite. Hier wollen wir mit zusätzlichen Trainern, mit Sportklassen und sportbetonten Schulen helfen. Ich weiß, dass der Sport über diese neue Stiftung sehr froh ist. Wie sollte er auch anders, wenn wir doch insgesamt 20 Millionen DM mehr zur Verfügung haben?

Meine Damen und Herren, es ist angesprochen worden, dass in Nordrhein-Westfalen große Ereignisse bevorstehen. Ich meine nicht nur die World Games, die wir gewinnen konnten und die im Jahre 2005 nach Duisburg kommen, sondern auch viele andere internationale Sportereignisse. Wir haben im Jahr 2006 die Fußball-Weltmeisterschaft. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Spiele an möglichst vielen Spielorten hier in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Außerdem sind wir auf dem Weg zu einer Olympiabewerbung, die sich im Vergleich zu Frankfurt, Stuttgart und Leipzig wirklich sehen lassen kann.

- (B) Frau Meise-Laukamp hat gesagt, die Politik entscheide diese Frage nicht. Das ist natürlich völlig richtig, Frau Meise-Laukamp: Die Politik entscheidet diese Frage in der Tat nicht. Aber wer in dieser Frage so verantwortungslos daherredet, wie es Herr Rüttgers seit einigen Wochen tut, der entscheidet dadurch, dass er unsere Chancen zunichte macht. Dagegen wenden wir uns.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Deswegen steuern wir den Prozess sehr ruhig und sehr klar. Wir werden uns Anfang April mit den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern der betroffenen Städte treffen. Wir haben eine Sportstättenuntersuchung in Auftrag gegeben. Dieser Prozess verläuft einerseits ganz gelassen und andererseits so zügig wie nur irgend möglich. Wir werden zusammen mit den Städten im Ruhrgebiet und an der Rheinschiene eine überzeugende

- (C) Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 auf die Beine stellen. Das wird die Nagelprobe sein. Wir sind voll im Zeitplan und brauchen uns hinter anderen Bemühungen in Deutschland in keiner Weise zu verstecken.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, hat sich auch im Bereich des Sports durch die Haushaltsberatungen eine Menge getan. Wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir sind das Sportland in Deutschland. Auf diesem Weg werden wir weitergehen. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Ende der Beratungen zu Einzelplan 14.

Ich lasse **abstimmen** über den **Einzelplan 14** entsprechend der Beschlussempfehlung **Drucksache 13/814**. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **beschlossen**.

- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir vereinbarungsgemäß in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 14.00 Uhr keine Abstimmungen durchgeführt haben, kommen wir jetzt zur **Abstimmung über den Einzelplan 15**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/939** - Stichwort: Höhere Förderung der komplementären ambulanten Dienste. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/815**. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **beschlossen**.

Wir müssen nun noch die **Abstimmung über den Einzelplan 05** von gestern nachholen. Ich lasse zunächst abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/924** - Stichwort: Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hochschulbereich. Wer stimmt diesem Antrag zu? -